

DRINGLICHKHEITSANTRÄGE

1) Maßnahmenpaket für den Volksgarten

GR. **Hohensinner** stellt namens von ÖVP und FPÖ folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat! Mein dringlicher Antrag beschäftigt sich mit dem Volksgarten. Die Situation der Drogendealerei in Grazer Volksgarten hat einen unhaltbaren Zustand erreicht. Die Grazer Polizei hat allein von Jänner bis Oktober des heurigen Jahres im Volksgarten 478 Anzeigen getätigt, wobei nur 40 Verurteilungen ausgesprochen wurden, die restlichen Anzeigen mussten wegen zu geringer Drogenmengen fallen gelassen werden.

Der Hintergrund dabei ist, dass die Drogendealer mit geringen Mengen unterwegs sind, diese verkaufen und der Rest wird versteckt unter dem Laub und in Mistkübeln. Verschärft wird die ganze Aktivität, weil die Drogendealer derzeit auch im Raum des Kinderspielplatzes und bei der Skater-Anlage unterwegs sind und Ihnen wird es auch gleich gehen, dass sehr viele Anrainer derzeit politische Parteien auch auffordern, hier Handlungen zu setzen, und wir haben uns auch mit den Personen im Volksgarten getroffen, haben da auch den Landessicherheitsdirektor Klamminger, den Sicherheitsbeauftragten der Stadt, den Herrn Hübel, und den Herrn Jud von der Drogenkommission dorthin gebeten.

Wir stellen den

dringlichen Antrag:

- Das Referat Sicherheitsmanagement der Magistratsdirektion wird beauftragt, an die beim Bundeskanzleramt eingerichtete Datenschutzkommission heranzutreten, um zu prüfen, unter welchen Voraussetzungen die Installierung einer oder mehrerer Überwachungskameras insbesondere im Bereich des Kinderspielplatzes und des benachbarten Pavillons im Volksgarten zulässig ist. Die abschreckende Wirkung der Kameras wäre dazu geeignet, Dealer und Konsumenten vom überwachten Areal und damit von den spielenden Kindern fernzuhalten.
- Die Holding Graz Services werden gebeten, für eine Erhöhung der Müllentleerungsfrequenz im Volksgarten zu sorgen. Bei täglicher Entleerung der Müllbehälter und Entsorgung des Laubs würde die gängige Praxis – Drogenpäckchen in Müllbehältern und unter Laubhäufen zu deponieren – unterwandert. Die zusätzliche Anbringung von fest montierten Deckeln mit kleiner Öffnung auf den Müllbehältern würde die Verwendung als Drogendepot erschweren.
- Polizei wird ersucht beziehungsweise dazu angehalten, im Rahmen von Schwerpunktaktionen im Volksgarten vermehrt Kontrollen zu tätigen; seitens der Polizei ist bei Patrouillen zusätzlich der verstärkte Einsatz von Polizeihunden anzustreben. Die höhere Präsenz von Exekutive insbesondere im Bereich des Kinderspielplatzes wird Dealer und Konsumenten von diesem Areal fernhalten. Durch den Einsatz der Hunde sind zusätzliche Erfolge beim Aufspüren von Drogendepots zu erwarten.

Bitte um Diskussion und breite Annahme (*Applaus ÖVP und FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Kurt! Das Thema Volksgarten beschäftigt uns ja hier schon seit etlichen Jahren in diesem Haus. Wir werden der Dringlichkeit dieses Antrages unsere Zustimmung geben, weil wir auch glauben, dass wir hier wirklich Maßnahmen brauchen. Allerdings können wir bei den einzelnen Punkten deines Antrages nicht ganz mit und zwar es geht in erster Linie um diese Videokameras. Wenn ich das Wort Videokamera höre, dann leuchtet bei mir schon das Licht, weil ich denke, das ist immer die erste Forderung, die aufgestellt wird. Wir haben sie am Jakominiplatz, wir haben in den Straßenbahnen und in den Bussen die Videokameras. Ich weiß, bei uns in der Siedlung wird sogar gefordert, die Müllplätze mit einer Videokamera zu überwachen. Also erstens einmal, um das wirklich effizient zu machen, würden wir Unmengen von Menschen brauchen, die diese Kameras überwachen und in der Zwischenzeit, denke ich mir, sind auch Drogendealer so schlau, dass sie sich nicht mehr ernsthaft von Videokameras abschrecken lassen, wie das ja die Praxis auch zeigt. Ich glaube, dass hier ganz einfach mehr dazugehört. Im Stadtpark haben wir auch die Erfahrung gemacht, gerade mit den Drogendealern, ich war selbst bei Sicherheitsgipfeln dabei, wo die Polizei immer wieder kundgetan hat, sie nehmen unzählige kleine Drogendealer fest, müssen sie aber am gleichen Tag wieder laufen lassen und im Endeffekt geht das Rad immer wieder, das dreht sich immer wieder und es kommt nichts dabei heraus. Ok, man kann natürlich jetzt Mülleimer so verändern, dass man schwer hineingreifen kann. Wir glauben ganz einfach, dass es hier wichtig ist, wirklich Maßnahmen zu erarbeiten gemeinsam mit sehr vielen Institutionen, gemeinsam mit der Polizei und aus diesem Grund werden wir auch, wenn die Dringlichkeit hier durchgeht, was ich hoffe, einen Abänderungsantrag einbringen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas**: Schönen Tag Herr Bürgermeister, liebe KollegInnen! Wir werden diesem Antrag nicht zustimmen, wir werden dem Abänderungsantrag, den wir mit der KPÖ

uns überlegt haben, unsere Zustimmung geben. Es geht nämlich wirklich um ein Déjà-vu, ich kenne die Diskussion von meiner Zeit als Sozialarbeiter seit einem Jahrzehnt schon, dass diese Diskussion um den Volksgartenpark geht. Es gab vor drei Jahren eine ExpertInnenrunde, der habe ich selber angehört, die darauf eben ein paar Überlegungen gestellt hat, es ging damals um die Hotspots der Stadt Graz und da haben Sozialarbeiter mit ExpertInnen und der Sicherheit, der Exekutive überlegt, was kann man da tun und da gab es eben drei Überlegungen. Es geht nämlich darum, dass dieser öffentliche Raum von den Bürgern besetzt wird. Wie kann man sie animieren, dass sie es besetzen beziehungsweise welche Angebote müssen wir schaffen? Und eine von den Überlegungen war eben niederschwellige Anlaufstelle, das ist das eine, mobile Straßencafés haben die Kollegen sich vorgestellt, dass man wirklich im Volksgartenpark vielleicht am Vormittag und am Nachmittag etwas anbietet und multiprofessionelle Fachkräfte, die dort vor Ort sind. Aber auch natürlich die Polizei, und ich denke mir, da wird die Kollegin Grabe von unseren Klub was dazusagen dann in der dringlichen Diskussion nachher zur Sache der Kameras. Ich denke mir, Überwachung brauchen wir nicht von unseren Kindern, ich denke, wir müssen Lösungen finden, dass man diese Gruppierungen, die sich dort aufhalten, die wechseln, sie haben vor zehn Jahren Afrikanischstämmige gehabt, dann haben wir die Leute aus der Dominikanischen Republik und jetzt haben wir andere Gruppen dort. Das wird immer wiederkehren, wir müssen eine Lösung finden, dass die Bevölkerung dort Platz nimmt und nicht, dass man mit Videokameras uns irgendwas vorreden, was eingehalten wird. Dankeschön (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Krotzer** zum Antrag: Wie bereits vorhin angekündigt, wird es von unserer Seite, also von Seite der KPÖ-Fraktion als auch der grünen Fraktion und der Piratenpartei einen Abänderungsantrag geben. Es ist einiges schon gesagt worden zu der ganzen Thematik, ich habe mir gestern diesen Antrag durchgelesen und meine erste Reaktion war, dass ich drunter hingeschrieben habe: Leider zu einfach. Es ist die ganze Sache im Volksgarten ein großes Problem, das man angehen muss. Die Sache ist allerdings die, dass mit einer neuen Orderpolitik der ganzen Sache nicht beizukommen ist. Wir müssen sagen, dass das alles auch soziale Ursachen hat, dass wir hier einerseits Drogensucht und Suchtproblematik vorfinden, aber auch darüber hinaus weiter an Gewalttätigkeiten hat auch viel mit Jugendarbeitslosigkeit zu tun, hat viel mit Perspektivlosigkeit junger Menschen zu tun, hat sehr viel mit Verdrängung und Ausgrenzung zu tun und deswegen sind wir der Meinung, es braucht hier ein viel umfangreicheres Maßnahmenpaket. Abgesehen davon, wie ja schon angesprochen worden ist, haben wir aus bürgerrechtlichen wie aus datenschutzrechtlichen Gründen eine ablehnende Haltung gegenüber der Installierung von Videokameras, plus kommt dazu, beim Gedanken von Hunde-Patrouillen rund um den Kinderspielplatz habe ich eigentlich ein sehr Unwohlgefühl. Ich möchte insofern also folgenden Abänderungsantrag einbringen:

Der Gemeinderat beauftragt Herrn Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl, ExpertInnen der verschiedenen Abteilungen der Stadt Graz, VertreterInnen der Polizei und Sozialeinrichtungen im Rahmen eines Sicherheitsgipfels einzuladen. Dabei gilt es einerseits den im Motivenbericht erwähnten Sachverhalt im Volksgarten objektiv abzuklären und andererseits darauf aufbauend, jene Maßnahmen, die im Rahmen von drei ExpertInnenrunden (ExpertInnenkommission „Brennpunkte im öffentlichen Raum“) von Juli bis August 2011 im Auftrag von Stadträtin Schröck erarbeitet wurden, zu bewerten beziehungsweise deren Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen als auch neue Maßnahmen zu erarbeiten, die dazu beitragen sollen, die Sicherheit und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung vor Ort zu heben.

Vielen Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. **Stöckler:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erstens möchte ich mich einmal bitte bedanken, Kurt, für diesen Antrag, weil ich glaube, es stimmt vieles, was hier gesagt worden ist, aber wir haben einen Punkt, das ist der Point of no Return, glaube ich, im Volksgarten jetzt schon überschritten. Wir wissen alle, wie lange das jetzt schon anhält, und wenn man mit Bewohnerinnen und Bewohnern dort spricht, glaube ich, müsste man wirklich jetzt einmal bereit sein, auch alle Maßnahmen, die der Rechtsstaat zulässt, zu ergreifen. Jetzt kann Ina Bergmann natürlich davon ausgehen, dass Kameraüberwachung alleine nichts ausmachen wird, aber im Verbund mit allen anderen Mitteln kann es sehr wohl dazu führen, dass man dementsprechend Drogendealern auch beikommt. Ich meine, es ist nicht immer der Wunsch Vater des Gedankens, aber ich glaube schon, dass wir wirklich alle Mittel ergreifen müssen, um dort der wohnenden Bevölkerung mit den Kindern auch einigermaßen Sicherheit bieten zu können. Jetzt kommt etwas dazu noch, was die Kameraauswertung betrifft. Der Volksgarten ist im Prinzip Eigentum der GBG, das heißt, es bedarf nicht vermutlich eines Antrages an die Datenschutzkommission, man könnte auch schauen mit einem einfachen Antrag nach § 17 Datenschutzgesetz, dass man das nach Wien schickt, wir sind da nämlich im ähnlichen Gebiet wie bei der Holding Graz, was die Überwachung der öffentlichen Verkehrsmitteln betrifft. Ich glaube schon, dass wir ansetzen sollten und alle Mittel, die in Kurts Antrag eingebracht worden sind, in Erwägung zu ziehen und deswegen stelle ich seitens des ÖVP-Klubs die Bitte um breite Zustimmung bezüglich des ursprünglichen Antrages von Kurt Hohensinner (*Applaus ÖVP*).

GR. **Pacanda:** Jetzt muss ich mehrere Fragen stellen, ob der öffentliche Raum jetzt privatisiert wird, indem er dann im Eigentum ist und dann der Eigentümer Kameras aufstellen kann, eigentlich machen kann, was er will? Es ist sehr hinterfragenswert.

Was man wissen muss bei Kameras, ist definitiv das, es hilft nichts, es bringt genau gar nichts, es kostet nur Geld, das Einzige, was passiert maximal ist, dass...

Zwischenruf GR. Pogner unverständlich.

GR. **Pacanda:** Da hier herinnen wäre es super, die Politik transparent zu machen, den Gemeinderat transparent zu machen, das wäre einmal wichtig. Den transparenten Bürger, viele, die das Buch 1984 von George Orwell, das ist die Umkehr, den transparenten Bürger will keiner haben, die transparente Politik, die wollen wir wohl haben.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Den Drogenhandel transparent zu machen.

GR. **Pacanda:** Und es geht um eines, wenn man Kameras irgendwo aufstellt, das ist nachgewiesen, was passiert, es kommt nur zu einer Problemverlagerung, das Problem wandert irgendwo anders hin, was machen wir dann auf der anderen Stelle, bauen wir dort auch wieder Kameras auf? Bauen wir durch ganz Graz Kameras auf, überall Kameras, außer im Grazer Gemeinderat, das würde ich nicht empfehlen, daher unterstütze ich den Abänderungsantrag. Danke (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Es ist ja wirklich zum Haareraufen, also ich bin jetzt seit sechs Jahren da herinnen im Gemeinderat und ich kann sagen, das Thema Volksgarten ist mit Sicherheit das am meisten behandelte Thema bisher und leider müssen wir wieder einmal feststellen, dass alles nichts genutzt hat, dass das nach wie vor ein Hotspot ist, wo die Sicherheitslage wirklich eine prekäre ist. Ich glaube, wo man einfach nicht zur Tagesordnung übergehen kann und wo man wirklich die Anrainer auch schützen muss vor dem, was da tagtäglich abgeht. Ich meine, es sind viele Dinge versucht worden. Ich kann mich erinnern, die ÖVP hat einmal ein Picknickzelt aufgebaut und Schach gespielt und wollte mit ihrer Präsenz dort die Dealer vertreiben. Hat auch nicht funktioniert, man hat darüber diskutiert, den Volksgarten überhaupt zu umzäunen und dann mit Sperrstunde zu belegen, ab 20.00 Uhr alle raus, ist natürlich auch nicht... genau, das war der Schröck damals, ist natürlich auch eine undurchführbare Geschichte und letztendlich immer wieder der Antrag, auch mehr Polizei durch den Volksgarten patrouillieren zu lassen, was natürlich aufgrund des Mangels an Polizeikräften in dieser Stadt auch nicht so einfach ist. Dann geht man her und überlegt, was kann man weiter tun, und ich bin doch der Meinung, dass Videoüberwachung etwas bringt, natürlich ist es immer die Frage, wie weit geht der Bereich des Einzelnen oder das Interesse des Einzelnen, was Datenschutz betrifft, wie weit ist das ein Eindringen auch in Privatsphäre und wo beginnt das Interesse der Allgemeinheit und der öffentlichen Sicherheit und diese Abwägung muss man machen. Ich glaube, da ist es billig, herzugehen und einfach zu sagen, naja das, sagen wir so, da Orwellsche Panikmache zu betreiben und sagen, dann wird alles überwacht und wir werden einer reiner Überwachungsstaat. Sondern da geht es einfach darum zu schauen, was ist im Volksgarten die Problemlage und kann man mit gezielten Kameras, indem man sie eben auch gezielt positioniert, hier diese Entwicklung auch eindämmen? Und ich glaube, da ist das sicher einen Versuch wert, den wir auch unterstützen, deswegen auch die Unterstützung für diesen Antrag. Ich möchte aber noch eines dazu sagen, neben dem, dass wir natürlich wieder appellieren werden an die Exekutive, hier auch mehr Streifen durchzuschicken, sollten wir die

Ordnungswache nicht ganz außer Acht lassen, weil natürlich ist das ein Bereich, wo es auch durchaus gefährlich werden kann, das wissen wir, aber da geht es ja auch darum, der Ordnungswache auch solche Aufgaben zu geben, sie durchaus auch zu fordern, sie nicht als Hundstrümmerlwache da abzustempeln, diese Versuche gibt es ja. Es hat ja heute auch eine Anfrage in der Fragestunde diesbezüglich gegeben, wo man versucht, dieses Image auch ein bisschen wieder herunterzureden von der Ordnungswache, ich glaube, da wäre es durchaus sinnvoll zu überlegen, die Ordnungswache ebenfalls hier einzusetzen. Ich glaube, Präsenz allein würde hier einiges bringen. Natürlich ist es eine Frage der Ressourcen und auch der finanziellen Mittel, momentan sind sie nicht ausreichend, damit man hier auch das noch weiterführen und aufstocken kann von der Ordnungswache, aber das wäre etwas, was als zusätzlicher Punkt, der ursprünglich im Antrag war, nicht ganz vergessen werden wollte. Wir unterstützen selbstverständlich diesen Antrag (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Die Diskussion zum Volksgarten geht ja jetzt wirklich schon einige Jahre, das ist auch schon gesagt worden. Ich möchte mich jetzt noch einmal kurz einerseits als Anrainerin des Volksgartens melden und andererseits auch als Gesundheitsstadträtin zum Thema Suchtpolitik insgesamt was sagen. Wenn man jetzt beobachtet die Diskussion in den letzten Jahren, wo es um den öffentlichen Raum geht und eine Sicherheitsdebatte, ich erinnere an das Alkoholverbot, ich erinnere an diverse Kameradiskussionen. Einerseits muss man einmal darüber reden, was ist die Sicherheitsbedrohung? Natürlich ist es höchst unangenehm, und das bestätige ich natürlich voll, im Volksgarten am helllichten Tag zu beobachten, wenn gedealt wird, das ist überhaupt keine Frage. Die Sicherheitsfrage daraus zu konstruieren und zu sagen, dass Menschen gefährdet sind, die jetzt nicht direkt als Händler oder als Konsument, die dort unterwegs sind, ist schon ein bisschen wagemutig, auch wenn es sehr unangenehm ist und sehr bedrohlich wirkt, das möchte ich zugestehen, wenn in

der Nähe von Kindern gedealt wird, gar keine Frage. Aber die Frage, mit welchen Mitteln man reagiert. Was ich beobachte, dass nach wie vor die Polizei überwiegend mit dem Auto durchfährt, was ich nicht für sinnvoll empfinde, das ist auch schon immer wieder diskutiert worden, ist immer wieder angeregt worden, das anders zu machen, wird leider aus welchen Gründen immer, ich nehme an aus Mangel an Ressourcen, so gemacht, also ich glaube, dass die Videokamera, wie wir es einfach wissen aus internationalem Kontext etc., eine sehr simple, aber auch teure Lösung ist im Verhältnis zur Präsenz von Personen, von Menschen, die eben sich den Raum einfach selber aneignen, aber eben auch als Sicherheitspersonen dort vor Ort sind. Und dahinter steht ja noch etwas, wir haben den Drogenhandel dort offen an der Tagesordnung, wir haben ein Sicherheitsproblem hauptsächlich in der Nacht, wenn die Jungs aufeinander losgehen, das ist keine Gefährdung für Leute, die in dem Zeitraum selten im Park sind, das muss man auch ganz klar auseinanderhalten, ist ein soziales Phänomen, das heute noch zur Sprache kommt, auch dort sind die Lösungsansätze fragwürdig. Ich sage es jetzt einmal da, wenn wir dort einen Teil des Handels und das ist der Handel mit Cannabis, in eine andere Bahn lenken würden von der rechtlichen Grundlage her, nämlich eine Entkriminalisierung von Cannabis auf legaler Ebene zustande bringen würden, hätten wir einen großen Teil der sichtbaren Problematik dort gar nicht und der damit verknüpften unangenehmen Erscheinungen, man muss das auch einmal ganz klar sagen. Es ist ja auch eine grüne Position, die allgemein bekannt ist, es gibt eine Kriminalisierung in einem Bereich, wo man es auseinanderklauben könnte, dass tatsächlich hier auch wesentlich weniger Handel stattfinden würde. Ein dritter Punkt, der mir noch wichtig ist, die Ordnungswache. Die Ordnungswache wird ja in Graz leider, das ist auch sehr zu Lasten der dort Beschäftigten, für alles, was wir nicht lösen können, was wir nicht einfach und simpel lösen können, herangezogen und ich möchte schon, dass man immer wieder dazusagt, die Ordnungswache hat bestimmte Befugnisse und hat bestimmte Möglichkeiten, auf Menschen zuzugehen, aber wir überfordern uns und das System Ordnungswache vollkommen, wenn wir immer wieder sie in eine Rolle

schieben, die ihnen nicht zusteht und die sie auch nicht erfüllen kann. Es gibt ein klares Monopol im Bereich der Sicherheitspolitik bei der Polizei, dort gibt es auch die Möglichkeit, Legales und Illegales zu trennen und da auch vorzugehen und bitte tut nicht unsere Leute, die bei der Ordnungswache wirklich unter schwierigen Bedingungen arbeiten, immer wieder in eine Rolle bringen, die einfach nicht tragfähig ist, das ist eine Geschichte, die immer wiederholt wird und wir haben dann am Ende laute demotivierte Leute, das ist heute schon einmal angesprochen worden, die im öffentlichen Raum all das auffangen sollen, was wir gesellschaftlich selber miteinander nicht klären können. Das wollte ich nur noch einmal dazusagen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist einiges von den wichtigen Kritikpunkten jetzt bereits gesagt worden. In euren Wortmeldungen, von dir, Ina, und auch von Philip Pacanda, von dir natürlich auch, ich möchte auf den einen Aspekt eingehen, was diese angebliche Prävention oder so sichere Prävention durch Kameras betrifft. Vorausgeschickt, selbstverständlich wissen wir alle und unterstützen es auch, dass die Situation im Volksgarten, wie jetzt eben mehrmals gesagt wurde, kritisch ist und auf jeden Fall Handlungsbedarf ist. Es ist genauso auch wie auch in der freiheitlichen Wortmeldung, man muss abwägen Allgemeinheit und öffentliche Sicherheit usw., nur diese Abwägung, das ist immer die Abwägung zwischen Grundrechten und Schutz vor Privatsphäre auf der einen Seite und den Sicherheits- und Präventionsaspekt auf der anderen Seite. Und so lange überhaupt nicht nachgewiesen ist, dass diese Art von Kameras wirklich zur Prävention beitragen, solange das nicht nachgewiesen ist, gibt es keinen Grund, in die Grundrechte der Menschen einzugreifen. Sissi, du brauchst jetzt nicht so empört zu schauen, der Kurt Hohensinner ist auch da...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Potzinger: In jeder Parkgarage gibt es eine Kamera.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe:** Ich weiß nicht, wie viel du dich eingearbeitet hast in die Studien, ich weiß auch nicht, wie viel du dich eingearbeitet hast. Wie gesagt, es haben alle gesagt, dass es notwendig wird, etwas zu machen. Aber so eine kleine Lösung, da machen wir ein paar Überwachungskameras, ist absurd. Es ist auch fahrlässig für den Eingriff in unsere Grundrechte. Ich glaube nicht, dass du dich wirklich beschäftigt hast, wenn ja, dann tue mich bitte eines Besseren belehren. Wirklich beschäftigt hast du dich mit der aktuellen Lage mit Studien, mit Ergebnissen, die es dazu gibt? Es ist keine leichte Lösung, das ist vollkommen klar, aber ich weiß nicht, du bist auch nicht Experte für Sicherheitsfragen, ich habe gestern...

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Wir lassen uns nicht belehren, wir lassen uns überzeugen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe:** Ja, ok, dann lass dich überzeugen. Ich habe einige Studien hier, eine ist vom Schweizer Kriminologen zu den Vor- und Nachteilen von Videoüberwachung zu der Frage, ob Prävention wirklich gesichert ist oder nicht. Es kommt auf absolut ganz genau auf die Kombination von Maßnahmen usw. an und es kommt darauf an, in welchem Bereich. Es gibt Bereiche, wo das durchaus helfen mag, zum Beispiel, wenn ein Parkplatz von einem Kfz-Unternehmen davon betroffen ist, ja, es sind aber völlig andere Situationen, wenn es zum Beispiel so wie hier in einem öffentlichen Park ist oder nicht. All diese Studien sagen, es ist extrem schwer, das zu

evaluieren, es gibt keinen wirklichen Nachweis, dass das Präventionszwecke hat. Verdrängung ist vorher schon angesprochen worden, Vermeidung, dass es praktisch im toten Winkel der Kamera ist, wird oft bei diesen Studien erwähnt. Es ist kürzlich gerade eine Studie von 12 europäischen Ländern mit der Analyse, ich glaube, von 500.000 Überwachungskameras gemacht worden, keine dieser Studien kommt zu dem Schluss, dass es eindeutig einen präventiven Effekt hat. Es kann nicht einmal für das subjektive Sicherheitsgefühl der Bevölkerung, laut diesen Studien hat man schlüssige Aussagen, weil teilweise sogar das einen Gegeneffekt hat, wenn die Bevölkerung sieht, in einer Gegend sind viele Kameras, dann ist erst recht ein Unsicherheitsgefühl bei einem Teil der Leute. Das heißt, es ist einfach eine, auch wenn du als KFA-Experte, lieber Kollege Frölich, wenn du als KFA-Experte jetzt redest, dann kannst du gerne sprechen, aber in diesen Sachen, glaube ich nicht, dass du dich auskennst.

Zwischenruf GR. Mag. Frölich: Einigen wir uns darauf, dass wir beide keine Experten sind.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe:** Ich behaupte auch nicht, dass ich es kann, weil es nicht mein Fachgebiet ist, aber ich sage, egal, wie viel du reinquatscht mit deiner unhöflichen Art, ich sage trotzdem, dass einfach zig Studien, du brauchst nur ein bisschen nachschauen, ich kann dir gerne die Links nachher geben, zig Studien zeigen, es ist nicht nachgewiesen, dass Prävention in diesen Bereichen, um die es geht, um den Volksgarten, wirklich einen Erfolg hat, im Gegenteil, es gibt Negativaspekte und dafür die Grundrechte aufzuheben, in die Grundrechte einzugreifen, das sagen Sie dann so locker, ach, es ist einen Versuch wert, es ist keinen Versuch wert, Grundrechte

aufheben ist keinen lockeren Versuch wert, nur weil man glaubt, mit ein paar Kameras kann man jetzt irgendwelche ganz andren Probleme lösen. Danke für die teilweise Aufmerksamkeit (*Applaus Grüne*).

GR. Dipl.-Ing. (FH) **Savernik**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte ein bisschen die Emotion herausbringen, weil eines muss uns klar sein, das ist wirklich jetzt ein Thema, das dürfen wir jetzt nicht emotional politisch bilden, das muss gelöst werden und das wäre schön, wenn wir das wirklich da ohne politischen Hickhack schaffen. Ich möchte gar nicht mehr auf die Problematik eingehen, das weiß eh jeder. Ich glaube, die Frau Stadträtin Rucker hat es am besten auf den Punkt gebracht, du hast es genauso so gebracht, wie es jetzt ist, dort gehört gehandelt und wir dürfen jetzt nicht in einen Pseudoschnellschuss verfallen, dass man jetzt dort Videokameras überall hinstellen, das darf nicht passieren. Bei der Bildung ist es legitim, dass man Experten befragen, bei der Sicherheit soll es nicht legitim sein? Also ich bin wirklich dafür, dass man jetzt einmal wirklich Experten einbeziehen und nicht einfach nur einen Schnellschuss machen, hängen wir dort ein paar Kameras hin und dann verlagert sich das Problem einfach 50 Meter weiter und das Ganze ist erledigt. Es gehört die Präsenz erhöht, da brauchen wir auch nicht diskutieren und es soll in einen belehrenden, in einem guten Konnex sein. Wir sind mit unserer Parteizentrale der SPÖ Graz direkt dort hingegangen, es ist auch ein Schritt, man muss Leute einladen hinzukommen, den Volksgarten einfach zu beleben und das ist halt einfach notwendig. Daher stelle ich einen Abänderungsantrag zu dem prinzipiell sehr gut gedachten Antrag, aber er muss halt einfach ein bisschen geschärft werden, deswegen haben wir uns das einfach vorgenommen, wir schärfen den und bitten aber um eine in drei Punkte getrennte Abstimmung, weil es sehr wichtig ist, dass da wirklich eine breite Zustimmung auch gefunden werden kann.

Die zuständigen Abteilungen mögen folgendes Maßnahmenpaket zur Drogenbekämpfung im Volksgarten prüfen: Erster Punkt zur Abstimmung: Tatsache ist, dass der Volksgarten kein rechtsfreier Raum sein darf, dass der Volksgarten wie alle Grazer Parkanlagen uneingeschränkt als Erholungsraum, als Spielraum und als Aufenthaltsbewegungsraum für die GrazerInnen zur Nutzung zur Verfügung stehen soll, wie das insgesamt für den öffentlichen Raum zu gelten hat. Inwieweit der Einsatz von Überwachungskameras in Parkanlagen aus rechtlichen Gründen im Hinblick auf den Datenschutz als Eingriff in das Grundrecht der freien Bewegungsmöglichkeit überhaupt zulässig ist, inwieweit Überwachungskameras tatsächlich einen präventiv abschreckende Wirkung auf DealerInnen und KonsumentInnen haben, inwieweit die Überwachungskameras die Strafverfolgung erleichtern, ist ebenso die Frage, welche Folgen die Situierung von Überwachungskameras an sogenannten Hotspots für das nähere und weitere Umfeld, also sprich diese Verlagerung einfach hat. Das Referat Sicherheitsmanagement der Magistratsdirektion wird daher beauftragt, a) an die beim Bundeskanzleramt eingerichtete Datenschutzkommission heranzutreten und überprüfen zu lassen, unter welchen Voraussetzungen die Installierung einer oder mehrerer Überwachungskameras im Grazer Volksgarten insbesondere bei den sogenannten Hotspots, zum Beispiel im Bereich Brücken, Ententeich und im Umfeld des Kinderspielplatzes sowie der in Richtung Lendplatz gelegenen Randbereich, zulässig ist, b) einen Bericht über internationale Erfahrungen betreffend Einsatz von Überwachungskameras gegen Drogenkriminalität zusammenstellen, c) die Stellungnahme der zuständigen Polizeidienststellen betreffend Einsatz von Überwachungskameras sowie die daraus resultierenden Folgen und Konsequenzen einzuholen sowie d) entsprechende Stellungnahmen von Expertisen aus dem Bereich der Prävention und Bekämpfung von Suchtgiftmissbrauch, zum Beispiel DrogenkoordinatorInnen Wien und Graz, Drogenberatung des Landes etc., einzuholen. Ein entsprechender Bericht ist ehestmöglich, spätestens aber Dezember dieses Jahres dem Gemeinderat vorzulegen.

Der Punkt 2: Die Holding Graz Services, und da geht es bitte wirklich nur um diesen Punkt, die ÖVP bezeichnet die immer noch als Wirtschaftsbetriebe, da weiß man in etwa, wie stark man sich damit beschäftigt hat mit dieser ganzen Problematik, die Holding Graz Services wird aufgefordert, für eine Erhöhung der Müllentsorgungsfrequenz im Volksgarten zu sorgen. Bei täglicher Entleerung der Müllbehälter und Entsorgung des Laubes würde eine gängige Praxis, Drogen in Müllbehältern und unter den Laubhäufen zu deponieren, unterwandert. Die zusätzliche Anbringung von fest montierten Deckeln mit kleiner Öffnung bei den Müllbehältern würde die Verwendung als Drogenbehälter erschweren.

Der dritte Punkt: Polizei beziehungsweise Ordnungswache werden darum ersucht beziehungsweise dazu angehalten, im Rahmen von Schwerpunktaktionen im Volksgarten vermehrt Kontrollen zu tätigen, seitens der Polizei ist bei Patrouillen zusätzlich der verstärkte Einsatz von Polizeihunden anzustreben. Die höhere Präsenz von Exekutive im Volksgarten und insbesondere im Bereich der Hotspots, zum Beispiel im Bereich der Brücken, beim Ententeich, im Umfeld des Kinderspielplatzes sowie im in Richtung Lendplatz gelegenen Randbereich, wird Dealer und Konsumenten von diesem Areal fernhalten. Durch den Einsatz der Hunde sind zusätzlich Erfolge beim Aufspüren der Drogendepots zu erwarten. Herzlichen Dank, ich bitte um Annahme (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Braunersreuther**: Ich wollte noch auf einen kleinen Aspekt aufmerksam machen. Eigentlich im Anschluss an den Beitrag der Kollegin Grabe. Aber Herr Savernik, Sie haben es auch gerade erwähnt, es geht hier um den möglichen Einsatz von Überwachungskameras, eben nicht auf einem Großparkplatz, sondern in einem öffentlichen Park in der Nähe von einem Spielplatz und ich möchte Ihnen jetzt eine Situation schildern, die alle, die Kinder oder Enkelkinder haben, bestimmt kennen. Ein Kind ist auf dem Spielplatz und sagt, ich muss aufs Klo, dann muss dieses Kind sofort

auf Klo, wie wir alle wissen und man geht mit dem Kind hinter den nächsten Busch. Da steht jetzt vielleicht eine Überwachungskamera, die das Kind dabei filmt. Wollen Sie, dass ihr Kind dabei gefilmt wird, dass dieses Bild vielleicht sogar gespeichert wird und dass es die Möglichkeit damit potentiell gibt, dieses Bild auf entsprechenden Plattformen zu verbreiten und dann sagen Sie mir nochmals, ob Sie Überwachungskameras in Graz wollen (*Applaus KPÖ und Grüne*).

GR. Pogner: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das mit dem Kind hinterm Busch, also das finde ich ja wirklich kurios, dass man deswegen vielleicht eine Kamera nicht haben möchte. Ich denke mir immer, wenn es darum geht, Sicherheit zu garantieren, dann nehme ich doch alle Halme, alle Strohhalme, die sich mir bieten, damit ich diese Sicherheit so gut wie möglich ausnutzen kann. Und wenn das im Sinne einer Überwachungskamera ist, dass ich sage, jetzt haben wir dort eine Kamera stehen und damit habe ich zumindest einmal den Überblick, was dort passiert, dann nehme ich das an und wenn ich mir dieses Mail anschau, dass da eine Bewohnerin, das Mail gibt es also tatsächlich, dass eine Bewohnerin geschrieben hat und ich zitiere daraus: „Für mich persönlich ist es unerträglich, dass dieses hohe Aggressionspotential sowohl der Dealer als auch der Käufer. Unlängst musste ich vor Gericht als Zeugin gegen einen Drogendealer aussagen, welcher mir damit gedroht hatte, mir mein Gesicht und meine Füße aufzuschlitzen.“ Also solche Leute sind dort unterwegs und um solche Dinge geht es dort und dann herzugehen und zu sagen, ja bitte, da brauchen wir ein bisschen mehr Datenschutz, das ist für mich unerträglich. Ich sage noch eines dazu, also wenn ich mir dann anschau Kleine Zeitung vom Juni, da gibt es alles Mögliche, was die dort festgestellt haben, da haben sie unter anderem 18 Dealer festgenommen, 18 Drogendealer von den diversesten Ländern, und nur zwei von diesen 18 zum Beispiel, da steht dann, kann man im Artikel nachlesen, diese hätten ihm einen beträchtlichen Gewinn eingebracht, sind die

Drogenfahnder überzeugt und zwar wir haben 13 Kilo Marihuana und 150 Gramm Kokain im Straßenverkaufswert von 200.000 Euro und 16.000 Euro Drogengelder beschlagnahmt. Um solche Dinge geht es dort, da brauche ich nicht drüber nachdenken, ob ich vielleicht Cannabis, Entschuldigung schon, ob ich vielleicht Cannabis erlaube oder nicht, da muss ich einfach sagen, Leute, das darf es nicht geben. Drogen und in jeglicher Form Drogen gehören weg von den öffentlichen Flächen, gehören weg dort, wo unsere Kinder sind (*Applaus ÖVP*), und nur noch ein letztes Wort bitte zur Daniela zur Studie aus der Schweiz. In der Schweiz, wissen wir, dass es ein bisschen anders gehandhabt wird mit den leichten, mit den Softdrogen als bei uns und ich weiß also nicht, wer diese Studie in Auftrag gegeben hat. Wenn das unter Umständen irgendjemand freundlicher war, der diesem Drogenkonsum zugänglicher ist, dann kann ich mir schon vorstellen, dass es eine Studie gibt, wo ich natürlich alles genehmige und wo alles bestens ist und wo alles super ist. Aber ich weiß auch aus der Schweiz, und das weiß ich aus persönlicher Erfahrung, dass nicht alles so sonnig ist und nicht alles so besonders toll ist, was da draußen mit Drogen abläuft und das wollen wir bei uns nicht und das wollen wir im Volksgarten nicht und daher bitte um Zustimmung, damit wir die Kameras dort haben, damit wir wenigstens diesen kleinen Schritt einmal in die richtige Richtung machen, damit es nicht wegen ein paar Kindern, die hinter einen Busch vielleicht irgendwann einmal müssen, heißt, aber dafür haben dort Unsicherheiten und dafür haben wir Drogen ohne Ende. Also bitte die Kameras (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann:** Ich möchte eines nur klarstellen, also das kommt so in den Wortmeldungen heraus als ob jetzt die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und wir für den Drogenhandel uns stark machen würden und das möchte ich jetzt wirklich feststellen... also ich finde das als Frechheit, wenn das wirklich so von euch rüberkommt. Wir wollen genauso ein Maßnahmenpaket haben, wo wir den

Drogenhandel in den Griff kriegen, aber wir glauben, dass es mit einer Installierung der Kameras einfach nur eine Verlagerung gibt und dass wir dadurch keinen einzigen Drogendealer weniger in Graz haben werden, das ist die Sache (*Applaus KPÖ und Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, das ist eine ganz wichtige und wertvolle Feststellung, weil es geht um viel mehr, wird ja heute auch noch hier Thema sei. Wenn ich vor wenigen Wochen mich mit dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter und Landesrat Schrittwieser plus Beamtenschaft des Landes und der Stadt und der Polizei hier getroffen habe, dann hat die Polizei aufgeschrien, weil sie gesagt hat, wir wissen gar nicht mehr, wie wir diese jugendlichen kriminellen Banden, die wir in der Stadt haben, wie wir denen überhaupt noch habhaft werden können. Und es handelt sich sehr, sehr oft, und jetzt geht bitte nicht gleich wieder in einen Aufschrei, da wird wieder nur eine Gruppe kriminalisiert, wir haben es in allen Bereichen, aber da haben wir das Thema der unbegleiteten minderjährigen Asylwerber, die zum Teil ja gar nicht dort hinein wollen, aber aus Gruppendynamik und aus Gruppenzwang dann auch noch dabei sein müssen, dort haben wir mittlerweile Übergriffe, wo es wirklich ums Gesicht- und Körperaufschlitzen geht, wo die Waffe die Fahrradkette und das Messer ist. Und jetzt sage ich das, Herr Vargas, wenn Sie sagen, Sie waren dabei bei den Studien, es gibt Theorie und es gibt Praxis und es gibt keine Bevölkerungsgruppe mehr drüben, die jeden Tag mit ihren Kindern oder auch mit ihren Seniorinnen und Senioren oder auch als Jugendliche dorthin gehen wollen und jeden Tag miterleben müssen, was sich dort abspielt, weil da kommst du in den Bereich, dass du dort nicht mehr gerne mit deinem Kind hingehst. Und wenn wir nicht bald was tun, dann wird auch, wenn ich so sagen darf, dort überhaupt kein Kind mehr hinter den Busch gehen, weil dort die Kinder nicht mehr da sein werden und es ist auch eine Benachteiligung im Grazer Westen (*Applaus ÖVP*) für viele Menschen, die kein hohes Einkommen

haben, die sozial schwach sind, die diese Grünflächen in Anspruch nehmen wollen. Und wir brauchen das nur debattieren, das braucht nur losgehen in den Medienberichterstattungen, so viel Rückmeldungen bekommen wir fast zu keinem anderen Thema, von keinem einzigen andere Thema als das. Die Menschen haben es bis daher satt und Theorie und Praxis heißt, wir können noch 17 Studien haben, Sie waren in der Expertengruppe und haben gesagt...

Zwischenruf GR. Vargas: Ich habe dort gearbeitet.

Bgm. Mag. **Nagl**: Und was ist herausgekommen? Es wird von Woche zu Woche schlimmer. Also muss man einmal in der Praxis einmal was Neues tun (*Applaus ÖVP*). Und wir haben viel zu tun, das...

Zwischenruf GR. Vargas: Die Politik hat verhindert und ist nicht den Empfehlungen gefolgt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, die Grünen versuchen halt, alle Pflanzen zu schützen und jetzt habt ihr wieder eure Liebe zu einer grünen Pflanze namens Cannabis auch wieder bekanntgegeben (*Applaus ÖVP*). Wir von der Volkspartei wollen einen anderen Weg gehen und noch einmal, es geht in dem Fall nicht um eine lächerliche Diskussion, auch nicht rein nur um Ideologie, es geht darum, dass dort immer mehr

Kinder und Jugendliche in eine Situation kommen, auch angesprochen werden, und dass auch eine Droge dort angeboten wird, und zwar haben wir immer mehr drogensüchtige Jugendliche in unserer Stadt. Und wenn wir zwischen 3.000 und 4.000 Menschen in unserer Stadt bereits an der Nadel haben, dann haben wir aus meiner und unserer politischen Sicht, wehret den Anfängen, darüber nachzudenken, was man tun kann und wir hätten gerne, dass wir all das, was uns die Polizei dort sagt, einfach einmal angepackt und dazu gehört auch eine Kamera. Und eine Kamera wird mithelfen, dauerhaft kriminell Persönlichkeiten, die dort dealen, insofern das Handwerk zu stellen, weil wir in Österreich einen schweren Fehler in der Drogenpolitik gemacht haben und diesen schweren Fehler werde ich nicht müde werden aufzuzeigen, weil darunter unsere gesamten Polizisten und Gerichte und Staatsanwaltschaften leiden. Wir haben einmal als Schutz von Süchtigen einen Paragraphen festgelegt, Sie wissen, wovon ich rede, dass das Mitführen von minderen Mengen, von kleinen Mengen straffrei geht. Deswegen haben wir 500 Vorfälle wieder gehabt, die kannst du anzeigen, da rennen die Polizisten, wenn ich so sagen darf, sich die Schuhe wund, sie kommen zu den Gerichten und dann wird das von den Gerichten einfach wieder wegen zu kleiner Mengen... über das müssen wir einmal wieder nachdenken, auch auf der bundespolitischen Ebene, ich bin nicht für die Freigabe von Cannabis, sondern ich bin dafür, dass wir diesen Paragraphen endlich wieder einmal ändern und einmal wirklich dann im Nachhinein feststellen, handelt es sich um eine drogensüchtige Person oder nicht. Im Moment lachen uns vieler dieser Drogendealer, auch den Polizisten, ins Gesicht und sagen, tu dir das gar nicht an, wir scheitern bei Gericht sowieso und dann war die ganze Aufregung wieder umsonst, dort müssen wir anfangen. Und wenn es wirklich darum geht, dass Kinder in unseren Parks ununterbrochen solchen Gruppierungen, solchen Gewaltübergriffen, auch dem Drogendealen, auch dem Ansprechen von Drogendealern ausgesetzt sind, dann haben wir was zu tun und es ist möglich, dass Aufzeichnungen, die die Polizei dann hat, auch zur Überführung solcher Menschen helfen kann und dass dann auch einmal eine Strafe ausgesprochen wird. Das ist das, warum wir das wollen, wir haben

mit so viel Bürgerinnen und Bürgern Kontakt, hört einmal bitte auch in diesen Bezirken hinein, es steht den Menschen zum Teil bis da herauf und da brauchst nicht mehr kommen mit der Geschichte, ja wir können noch einen Kongress machen, wir können noch eine Tagung machen, wir können noch eine Expertenrunde machen, die wollen Taten sehen, dass dort was passiert. Und das lässt sich nicht schönreden dort, sondern aus meiner Sicht ist das ein ganz gefährliches Thema, das wir den Kindern dort vom Halse schaffen (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Es zeigt diese Diskussion, und ich bin ja dann doch wieder froh, dass es auch Experten in dem Land gibt zum Thema Sucht und Drogenproblematik, weil diese Diskussion, wie wir sie hier führen, wie sie in allen Parlamenten auf allen Ebenen immer wieder geführt wird, ist natürlich eine hochideologische, leider. Weil wir hier, wenn man den Harry Pogner zuerst zuhört, wird der Eindruck erweckt, wir machen jetzt ein paar Videokameras dorthin und dann sind wir das Problem los. Und so simpel ist es eben leider...

Zwischenrufe unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Doch, es ist genauso wieder gesagt worden, wir werden dann die Dealer los und ich will...

Zwischenruf GR. Pogner unverständlich.

StR.ⁱⁿ **Rücker:** Du hast gesagt, ich will keine Dealer in der Stadt und dann sind wir sie los. Wie glaubt denn ihr, wie die Welt funktioniert? Wir haben im Volksgarten, und das hat jeder hier herinnen bestätigt, wir haben ein Problem, gar keine Frage, wir haben einen hohen Anteil an Drogendealerei im Volksgarten und an sonstigen Plätzen in dieser Stadt. Wir haben ein Problem mit der Sucht, wir haben ein Problem mit der unterschiedlichen Behandlung von Sucht, das wissen wir auch in Österreich, wir haben einen Teil legalisiert und einen Teil illegalisiert und ich habe von Entkriminalisierung von Cannabis gesprochen und nicht von einer Freigabe von allem Möglichen. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn wir dort Videokameras haben, ich kann es mir gut ausmalen, weil ich bin immer wieder im Volksgarten, wenn man sich dort umschaute, dann sehen wir, dass alle mit der Kapuze herumrennen, es ist keine Möglichkeit, irgendwas nachzuweisen und aufzudecken unter den Bedingungen, die dort sind, weil du ja eben eine laufende Überwachung, eine laufende Betreuung dieser Videokameras brauchst, das ist unendlich teuer im Verhältnis dazu, dass wir dort speziell geschulte Polizei brauchen, Polizei auch im Einsatz, dass sie wirklich aktiv dort ist und vor Ort ist und nicht immer wieder zweimal am Tag mit dem Auto durchfährt und jeder die sofort sieht. Wir brauchen eine ausgebaute Jugendstreetwork und eine Drogenstreetwork, es ist zuwenig, die Leute sind vollkommen ausgelastet und wir brauchen insgesamt eine ehrlichere Suchtpolitik in dem Land und es ist so, dass es zum Glück, und das würde ich anbieten als Gesundheitsstadträtin, derzeit eine sehr breit angelegte, Herr Bürgermeister, tut mir leid, Expertenstudie gibt quer durch das Land von Vorarlberg bis nach Wien, eine Delphi-Studie, wo wirklich noch einmal ganz genau hingeschaut wird, wo sind die aktuellen Problemlagen, weil sie sich eben ändern, wir haben unterschiedliche Stoffe am Markt, wir haben Entwicklungen, die teilweise wirklich erschreckend sind, gar

keine Frage, und es gibt spätestens im nächsten Frühling eine österreichweite neu aufgesetzte Strategie. Ich werde dann einladen den Gemeinderat, wer sich wirklich einmal in der Tiefe damit beschäftigen will, zu einer guten Information darüber, was sind die Themen und wo stehen wir an. Das ist die suchtpolitische Frage, die sicherheitspolitische Frage auf einer Schlagzeilenebene zu diskutieren und immer wieder so zu tun, als würde man mit ein paar Videokameras und mit so simplen Lösungen ein Problem, das ein gesellschaftliches Problem ist und das wird nicht kleiner werden, Aggression und Gewalt unter jungen Leuten, die keine Hoffnung haben, das wird noch größer daherkommen, da brauchen wir andere Lösungen und über die müssen wir uns schleunigst verständigen, da bin ich im Ernstnehmen voll mit dabei, aber mit solch einer simplifizierten Diskussion kommen wir nicht weiter (*Applaus Grüne*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Frau Stadträtin, genau um das geht es, Sie sprechen von einer Expertenebene und es gibt eine Expertenebene...

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Rücker: Die bestehen auch aus Praktikern.

Bgm. Mag. **Nagl**: Spreche ich ja nicht ab, wir haben ja gute Experten auch in punkto drogenpolitischer Diskussion, die sind ja da. Und die sind, wenn ich so sagen darf, jetzt auch Ihrem Ressort zugeordnet, damit wir schauen, wie wir generell gesellschaftspolitisch anpacken, dass wir nicht so viele Menschen haben, die sich in diese Süchte flüchten. Aber es gibt auch eine zweite Expertenebene, und das ist nicht

jetzt eine Schlagzeilengeschichte, sondern es sind unsere Sicherheitsexperten. Es ist unser Landespolizeidirektor, es ist der Herr Jud, es sind Menschen, die tagtäglich daran arbeiten, dass unsere Kinder geschützt sind, und in punkto Transparenz, weil das ganz zu Beginn gefallen ist, ja, wir wissen, dass wenn die Polizei im Volksgarten, in einem öffentlichen Park, ihr Augenmerk dorthin legt, endlich einmal massiver auch dort vorgeht, dann kommt es wieder zu einer Verdrängung und ich sage ganz bewusst, ja, diese Verdrängung wollen wir jetzt haben, weil wir es nicht mehr in einer öffentlichen Parkanlage bei Kindern haben wollen und das ist der Punkt. Und das Zweite ist eine andere Expertenebene, ist ganz, ganz wichtig, ich habe zwei Ebenen. Eine Expertenebene zum Thema Drogenpolitik und eine Expertenebene zur Sicherheitspolitik, und unsere Sicherheitspolitik, das darf ich dazusagen, das sind lauter Experten, die jeden Tag ganz schön damit zu tun haben, wie sie eingezwängt zwischen dem, was stattfindet und dem, was sie vor Gericht beweisen müssen, nicht hinkriegen und deswegen glaube ich, ist es einfach einmal gut, das auszuprobieren und da gehört eh noch viel dazu, wenn man das ausprobiert haben, werden wir ja sehen, ob es ein Erfolg ist. Die Studien haben im Volksgarten den Menschen nicht geholfen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Unsere Position, denke ich, hat der Herr Gemeinderat Savernik schon dargelegt. Es geht darum, wirklich einmal differenziert hinzuschauen und zu sagen und festzustellen, ist eine Erhöhung des subjektiven Sicherheitsgefühls eine mögliche Folge von Kameras? Weil wenn es darum geht, das zu beobachten und das zu sehen, da sage ich ganz ehrlich, da brauche ich keine Kamera. Da brauche ich nur in den Park gehen, leider Gottes, dort mich fünf Minuten hinsetzen und ich werde ganz sicher Zeugin im Moment von Deals. Das ist Realität und diese Realität ist schrecklich und diese Realität wollen wir, glaube ich, alle bekämpfen. Ich frage mich nur, was es bringt, das Ganze mit einer Kamera zu überwachen. Aber wie gesagt, wir

haben den Standpunkt, dass wir uns das, bitte, Frau Gemeinderätin Gesek, Sie können sich gerne zu Wort melden, aber, wie gesagt, wir wollen uns das jetzt einmal anschauen. Es gibt viele Studien, und Studien werden ja nicht von Deppen gemacht, sondern die werden ja durchaus von Expertinnen und Experten gemacht und es gibt ein Land in Europa, das sehr große Erfahrungen hat mit Überwachungskameras, wer von Ihnen schon einmal in London oder generell in Großbritannien war weiß wie es ist, man geht irgendwo und es ist egal wo und überall sind Schilder „CCTV is watching you“, das ist omnipräsent. Und das ist schrecklich und man sieht...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: Wieso?

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Das ist deshalb schrecklich, weil völlig unbedarfte Bürger ständig unter Kontrolle sind und, weil Großbritannien zeigt, dass die Kriminalität nicht gesunken ist durch diesen CCTV-Wahnsinn, das ist Faktum, das ist nachgewiesen und da können Sie jetzt den Kopf beuteln, Frau Gemeinderätin Gesek, das ist so, das ist nachgewiesen, lesen Sie es nach. Und zur Drogendiskussion möchte ich schon noch eines sagen, Harry Pagner, wenn man davon reden, dass man Drogen im öffentlichen Raum verbieten und generell überall verbieten, dann führen wir die Diskussion wirklich einmal ehrlich. Dann sollten wir einmal darüber reden, wie teuer ist Alkohol und wie schnell kommen Jugendliche zu Alkohol und welche gesellschaftlichen Folgen (*Applaus SPÖ*)...

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Wir reden über den Volksgarten.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: ...welche gesellschaftlichen Folgen, Herr Klubobmann, Sie können sich ja alle zu Wort melden, welche gesellschaftliche Folgen hat Alkohol und schauen Sie sich das einmal an, welche Folge Alkoholkonsum hat volkswirtschaftlich, gesellschaftspolitisch und welche Folgen Cannabiskonsum hat volkswirtschaftlich und gesellschaftspolitisch (*Applaus SPÖ*). Wir werden die Situation da in Graz nicht ändern, aber ich möchte es an dieser Stelle einfach ergänzen, weil das einfach eine ehrliche Diskussion erfordert. Und ich lade alle ein, den Volksgarten auch wieder positiv zu besetzen und sozial zurückerobern. Ich habe nicht gewusst, dass die ÖVP auch schon einen Versuch mit einem Schachspiel gestartet hat, ich lade alle ein, da weiterzumachen. Wir sind mit unserer Parteizentrale in den Volksgarten gegangen, wir haben einen konsumfreien Gastgarten eröffnet dort, wo jeden Tag Kinder mit ihrer Hausaufgabe gekommen sind und sich dorthin gesetzt haben, wir haben einen Bücherschrank hingestellt, wo es darum geht, Bücher zu nehmen, Bücher reinzugeben und dieser öffentliche Raum muss wieder rückerobert werden, weil die Dealer, die will dort keiner haben, die Dealer haben dort alle satt (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Sippel**: Der Bürgermeister hat was ganz Wesentliches auch gesagt. Nämlich, es ist falsch, immer dann, wenn es brenzlich wird und wenn es unangenehm ist, das Ganze auf Experten abschieben zu wollen. Ich glaube, die Politik ist jetzt aufgerufen, einmal zu entscheiden. Und das sollten wir auch tun und unsere Ansicht ist das zu entscheiden, auch Videokameras einzusetzen. Bei dieser Entscheidung ist uns bewusst, dass wir auch das Problem nicht lösen, sondern auch teilweise verdrängen. Aber uns ist auch bewusst, dass wir den Volksgarten wieder für unsere Kinder zurückerobern und das ist auch etwas, was ein wichtiger Ansatzpunkt bei unserer Entscheidung ist. Und lassen Sie mich noch an Sie, Frau Rücker, eine Frage stellen, weil ich das nicht ganz mitbekommen haben oder vielleicht erklären Sie mir das, was

ist der Unterschied zwischen der Entkriminalisierung und der Legalisierung von Drogen, also das hätte ich gerne einmal gewusst (*Applaus FPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Der Herr Bürgermeister ist so kulant, gewährt der KPÖ noch eine vierte Wortmeldung, aber es haben ja, nachdem pro Fraktion nur zwei sich zu Wort melden dürfen und da das bei allen überschritten worden ist, sage ich nur fünf nur ganz kurze Anmerkungen. Ich habe es gerade gesagt, weil ich lasse jetzt diese ganzen Debatten und den Antrag weg, aber ich möchte einfach nur in dem Raum hier im Gemeinderat eines festhalten, dass Sie das bitte nie vergessen, wir reden doch viel von jugendlichen Drogenkonsumenten und -konsumentinnen und die können uns nicht egal sein. Ich habe viel damit zu tun, wöchentlich, und es hat das ganze Thema Drogen auch viel mit Perspektivlosigkeit und Hoffnungslosigkeit von jungen Leuten zu tun. Und wenn wir dieses Thema, auch wenn es heute in der Form behandelt wird, diskutieren, dann haben wir auch die Verpflichtung, alles dafür zu tun, dass man in der Sozial- und Beschäftigungspolitik, das war heute schon Thema, alles dafür tun, dass es nicht schlechter wird, weil wenn es wird, dann werden wir das Problem noch verschärft haben und das Zweite, was ich noch anmerken möchte: Der Herr Bürgermeister hat von den unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen gesprochen, ich möchte nur sagen da im Raum und nächstes Jahr im März werde ich das zum Thema machen, falls wir es nicht lösen können, es werden 40 Volljährige zu dem Zeitpunkt nächstes Jahr auf der Straße sein, weil sie aus der Betreuung draußen sind, von der Bundesbetreuung, und ein Einkommen von 180 Euro monatlich haben und sollen sich dann aber am privaten Wohnungsmarkt wohnversorgen. Ich stelle das nur in den Raum und überlegen Sie sich selbst, was jemand in so einer Situation tun soll (*Applaus KPÖ*).

StR.in **Rücker**: Das wurde ja im Wahlkampf kurz diskutiert, eine Entkriminalisierung ist, dass Leute, die Cannabis besitzen, nicht verfolgt werden. Damit auch keinen Eintrag in das Strafregister kriegen, das ist für viele junge Leute eine ziemlich harte Geschichte. Legalisierung würde bedeuten, dass man es ganz normal im Geschäft kauft wie Alkohol, das wäre die Gleichstellung mit Alkohol, das ist der Unterschied.

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrter Gemeinderat! Ich möchte mich bedanken für die wirklich ausführliche Diskussion. Es war wichtig, dass wir lange diskutiert haben, aber die Abänderungsanträge der andere Fraktionen haben für mich schon ein bisschen den Anschein gemacht, als würde man wirklich alles unternehmen, um nicht wirklich was Konkretes zu beschließen, was man umsetzen kann. Ich habe es ein bisschen gesammelt insgesamt, die KPÖ hat einen Gipfel gefordert, die SPÖ, da komme ich zu dir zu sprechen, du hast gesagt, wir brauchen keinen Pseudoschnellschuss, also ich glaube, dass man da an einen Punkt angekommen sind, dass man nicht von einem Pseudoschnellschuss reden kann, die Frau Vizebürgermeisterin hat geredet von differenziertem Hinschauen, Anschauen, die Frau Gemeinderätin Grabe wollte quasi wieder die Theorie heranziehen, fast eine Diplomarbeit schreiben, also ich glaube, wir haben jede Menge Zeit gehabt, über die graue Theorie zu diskutieren. Der Pirat hat immer so verschiedene Ansichten zu Kameras, einmal so und in dieser Ansicht wieder anders und ich glaube und jeder, der in den Volksgarten geht und dort mit den Anrainern spricht, wird eines Besseren belehrt. Weil die Anrainer sagen einem dort klar und deutlich, dass sie nicht mehr Diskussionen wollen, keinen Gipfel, kein Theoriedreschen, sie wollen wirklich Umsetzungen haben. Und ich sage jetzt auch nicht, dass unsere Umsetzungsvorschläge, dass das das Gelbe vom Ei sind, aber das sind jetzt einmal Ansätze, und der Peter Stöckler hat es schon gesagt, wir haben jetzt wirklich lang zugewartet und jetzt sollten wir diese drei Punkte einmal umsetzen und wir sind sofort als ÖVP dabei, wenn neue Ideen kommen, setzen wir uns an den Tisch

und diese Ideen werden wir auch prüfen. Aber ich möchte noch einmal die drei Punkte umreißen. Das eine ist, dass man prüft, ob Kameras auch in Frage kommen. Es gibt Beispiele, zum Beispiel in der Stadt Mannheim hat man das auch lange diskutiert, dann ausprobiert und da hat man wirklich große Erfolge geschafft. Es geht auch nicht darum, dass der ganze Volksgarten da jetzt mit Kameras ausgestattet wird, sondern wirklich dort, wo Kinder spielen, am Kinderspielplatz, bei der Skateranlage und ja, es ist eine Verdrängung, aber es ist eine Verdrängung für unsere Kinder, dass die Dealer jedenfalls irgendwo anders im Park dann ihren Geschäften nachgehen. Bei der Holding Services und, Herr Gemeinderat, wenn Sie den Antrag noch einmal gelesen hätten, hättest gelesen, dass wir das sehr wohl so benannt haben, da hat Ina Bergmann was gesagt, ich habe es nicht ganz verstanden, das erinnert dich an ein Afferl, das hineingreift in den Mistkübel, ich glaube, dass wir gerade solche Vorschläge, die auch von der Polizei gekommen sind, die einfach umzusetzen sind, wo wir selbst verantwortlich sind, wo es darum geht, die Mistkübel einmal am Tag zu leeren, wo es darum geht, einfach einen Deckel draufzumachen und diese einfachen Vorschläge führen dazu, dass die Dealer gehemmt sind in ihrer Tätigkeit. Und da sollten wir ansetzen, was spricht dagegen, dass Sie bei dem Punkt mitstimmen, wenn Sie schon bei der Kamera nicht mitstimmen können? Also überlegen Sie bitte das, und der dritte Punkt und der ist überall gekommen, dass man die Polizei auch noch mehr mit der Polizei zusammenarbeitet, dass vielleicht noch mehr Präsenz gezeigt wird und auch vielleicht, dass man mit geschulten Hunden durch den Park geht, das wird wirklich dazu führen, dass die Drogendealer Abstand nehmen, direkt bei den Kindern ihren Geschäften nachzugehen. Und eine Mutter war auch vor Ort, der Thomas Rajakovics war auch dabei, die hat gesagt, sie hat das gesehen, das passiert wirklich direkt am Spielplatz und sie ist hingegangen und hat gesagt, bitte, sind Sie mir nicht böse, aber gehen Sie in einen anderen Teil vom Park, weil da spielen die Kinder. Sie hat die Faust gezeigt bekommen und so was geht nicht und deswegen sollte man auch Kameras in Betracht ziehen, um so etwas wegzubekommen an diesem Ort. Ich bitte noch einmal alle Parteien, es gibt jetzt jede Menge

Abänderungsanträge, einer von den Piraten, von der KPÖ und von den Grünen, einer von der SPÖ, die werden vorher abgestimmt. Ich hoffe, dass diese Anträge nicht die Mehrheit bekommen. Wenn unser Antrag dann zur Abstimmung kommt, bitte ich Sie, dass Sie noch einmal überlegen, wenn Sie bei der Kamera nicht mitgehen können, dann bitte ich für Punkt 2 und für Punkt 3 mitzugehen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Mir liegen jetzt zwei Abänderungsanträge vor, nämlich einer von der KPÖ und einer von der SPÖ. Gibt es von dem Piraten auch einen Abänderungsantrag? Der ist gemeinsam gut, das ist ein gemeinsamer, KPÖ, Grüne und Piraten stellt diesen gemeinsamen Abänderungsantrag.

Der Abänderungsantrag von KPÖ, Grünen und Piraten wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum Abänderungsantrag der Sozialdemokraten. Da wurde darum gebeten, dass wir die drei Punkte einzeln abstimmen. Wer für den ersten Punkt ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand.

Punkt 1 des Abänderungsantrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 2 des Abänderungsantrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Punkt 3 des Abänderungsantrages wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Jetzt kommen wir zum eigentlichen dringlichen Antrag von Klubobmann Kurt Hohensinner. Wer dafür ist, bitte um Zeichen mit der Hand.

Zwischenruf unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl**: Haben wir die drei Punkte getrennt? Gut, also ich habe gedacht, Sie wollen das auch bei Ihrem Antrag einzeln haben. Jetzt wollen Sie also haben, dass wir den auch in den einzelnen Punkten abstimmen, gut, dann sollten wir das bitte tun. Damit Kurt Hohensinner gerne auch in anderen Punkten vielleicht mehr Zustimmung bekommt, dann darf ich noch einmal darum bitten, wer dafür ist, da geht es im ersten Punkt um die Überprüfung der Überwachungskameras.

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Dann kommen wir zum zweiten Punkt. Da geht es um die Holding Graz Services, die Müllentsorgungsfrequenz.

Der Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Der dritte Punkt, die Polizei wird ersucht noch mehr Schwerpunktaktionen im Volksgarten durchzuführen, die Hunde einzusetzen.

Der Punkt 3 des Antrages wurde mit Mehrheit angenommen.

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 16.45 Uhr den Vorsitz.

2) Heutzutage werden etwa 42 Prozent der Ehen geschieden, die Trennungsrate bei Lebensgemeinschaften mit Kindern bewegt sich auf ähnlichem Niveau

GR. Mag. **Molnar** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Molnar**: Geehrter Gemeinderat! Heutzutage werden 42 % der Ehen geschieden, die Trennungsrate bei Lebensgemeinschaften mit Kindern bewegt sich auf ähnlichem Niveau. Unterhaltsverpflichtungen und Nutzungsrechte für eheliche Wohnungen sind im bürgerlichen Recht beziehungsweise im Familienrecht klar geregelt. Es ist eine Tatsache, dass bei 90 Prozent nach Scheidungen die Kinder bei den Müttern bleiben und die ehelichen Wohnungen den Müttern und Kindern überlassen werden. Die Väter hingegen sind unterhaltspflichtig und besitzen in diesen Fällen plötzlich keinen Wohnraum mehr.

Zusätzlich zu den oft emotionalen Herausforderungen, die bei einer Trennung auf alle Familienmitglieder zukommen, werden alle Beteiligten zumindest vor finanzielle Probleme gestellt. Männer mit hohen Unterhaltszahlungen beziehungsweise mit

niedrigen Einkommen stehen plötzlich ohne Wohnung auf der Straße, weil die Mittel für eine Kautions-, für die Miete- und für eine leistbare Wohnung beziehungsweise für ein Zimmer fehlt.

In diesen Situationen sind viele Männer emotional und finanziell überfordert, die Folgen sind oft Flucht in den Alkoholkonsum, Gewalt und psychische Probleme. Am Ende steht in vielen Fällen die Armutsfalle, und Frauen und Kinder warten dann vergeblich auf Unterhaltszahlungen.

Gerade für solche Fälle sollte es Einrichtungen geben, in Form von Männer-WGs, in welchen Männer für den Zeitraum von 12 Monaten Unterstützung mit psychologischer Betreuung und Wohnraum bekommen. Währenddessen haben die Betroffenen Zeit, ihr Leben neu zu ordnen und nach leistbaren Wohnmöglichkeiten Ausschau zu halten.

In Bayern beispielweise laufen solche Männer-WGs unter dem Begriff „Väter-Boarding-Häuser“. Diese so genannten Boarding-Häuser oder Boarding-WGs sind so strukturiert, dass Väter in Absprache mit der Mutter oder dem Jugendamt ihre Kinder jederzeit mit nach Hause nehmen können – in ein Zuhause, das kindgerecht ist, nicht etwa in Männerobdachlosenheime. Das besonders gering verdienende Väter sich auch leisten können. Das ist insofern sehr aktuell, weil vor allem aufgrund der teuren Mieten in Graz es für geschiedene Väter oft schwer ist, bezahlbaren und kindgerechten Wohnraum zu finden

Daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz möge das Sozialamt und das Referat für Frauen und Gleichstellung beauftragen, ein Konzept zu erstellen, das sich mit den im Motivenbericht dargestellten Männer-WGs beschäftigt und in Folge dieses dem

Gemeinderat zum Beschluss vorlegen. Herzlichen Dank, bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

GR. **Mogel** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, hoher Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Zuhörer! Das Umfeld in Österreich für Familien wird immer schwieriger. Familien mit mehreren Kindern laufen immer öfter Gefahr, ihren normalen Alltag nicht mehr finanzieren oder die Zeit für ihre Kinder und Partner nicht mehr aufbringen zu können. Unter diesen Rahmenbedingungen wundert es auch nicht, dass schon fast die Hälfte aller Familien und Beziehungen zerbricht. Eigentlich müsste das hier für uns und dem politischen Gremium der Punkt sein, wo wir ansetzen sollten. Da die Situation aber leider nicht so ist, und da will ich auch dem Antragsteller im Motivenbericht gar nichts mehr hinzufügen, werden wir sowohl der Dringlichkeit als auch dem Inhalt des Antrages zustimmen, um auch den Männern, und die haben im Fall einer Trennung im Hauptteil aller Fälle die Situation einer höheren finanziellen Belastung, einer neuen Wohnversorgung und vor allem natürlich auch die Trennung ihrer Kinder zu tragen, Unterstützung angedeihen zu lassen, um sie wieder leichter auf die Füße kommen zu lassen. Das wird nicht nur den betroffenen Männern helfen, sondern auch den Kindern von zerbrochenen Familien ein stabileres Umfeld geben (*Applaus FPÖ*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Gibt es weitere Wortmeldung zur Dringlichkeit dieses Antrages? Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich kurz zur Dringlichkeit Stellung nehmen. Herr Gemeinderat Molnar, grundsätzlich kann ich dem Antrag inhaltlich durchaus was abgewinnen. Ich sage jetzt einmal, womit ich meine Probleme habe. Dieser Antrag ist nicht dringlich, wir haben in der Stadt Graz die Situation, dass wir

eine dringliche Situation im Bereich der Frauen mit Kindern haben, in der Wohnungslosenversorgung. Wir haben derzeit zuwenig Plätze, wir sind gerade dabei, da etwas auf die Beine zu stellen, was wir wahrscheinlich in wenigen Tagen auch fixieren werden können, wir sind schon in sehr engen Gesprächen. Da geht es um Unterbringungen für Frauen mit Kindern, das ist jetzt einmal das dringlichste Problem. Das heißt, meine Fraktion wird der Dringlichkeit dieses Antrages nicht zustimmen. Ich möchte auch noch auf einen Punkt eingehen. Das Referat Frauen und Gleichstellung ist in diesem Fall nicht zuständig, es geht um Wohnungslosenversorgung und mein Ansatz ist es, dass ich da jetzt keine Trennung mache, weil so wie das im Motivenbericht beschrieben wird, das sind Männer, die eine Trennung haben, die emotional und finanziell überfordert sind, die oft in den Alkoholkonsum flüchten und Gewalt und psychische Probleme haben. Das ist genau das Klientel, von dem wir reden bei den Wohnungsloseneinrichtungen, das ist exakt das gleiche Klientel und ich mag jetzt nicht unterscheiden zwischen Wohnungsloseneinrichtungen, die schön sind für Papas und die schiachen Wohnungsloseneinrichtungen, wir haben im Sommer die Arche 38 eröffnet am Bahnhofgürtel, und Arche 38 hat in Graz die Latte natürlich hoch gelegt, das ist eine wirklich wunderschöne Einrichtung geworden, ich weiß nicht, wer sie von Ihnen schon besucht hat. Sie hat eine Dachterrasse, sie hat WGs und ich würde den Ansatz wählen, dass wir in diese Wohnungsloseneinrichtungen, die wir haben, wo wir auch Plätze frei haben im Moment, dass wir dort eine Kindergerechtigkeit herstellen, damit auch Väter mit ihren Kindern dort unterkommen können, um das muss es gehen, wir müssen schauen, dass wir die Wohnungsloseneinrichtungen, die wir haben und wo es die Klientel ja auch gibt dafür, dass wir die im Standard so heben, dass die einfach Vater-Kind-gerecht sind. Wir werden nächstes Jahr das Männerwohnheim in der Rankengasse in Angriff nehmen, das ja schon mittlerweile leider stark renovierungsbedürftig ist und wir werden dort gerne so etwas implementieren. Das macht durchaus Sinn und, wie gesagt, inhaltlich bin ich für diese neue Idee durchaus zu haben, aber jetzt eine eigenes Haus mit solchen WGs zu

machen, da muss ich ganz ehrlich sagen, nach Rücksprache auch mit dem Michael Lindner von der Caritas, der Bedarf ist derzeit nicht da, den gibt es nicht.

Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Der ist schon da, die Männer genießen sich.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Nein, aber nicht in dieser Anzahl, dass wir da ein eigenes Haus machen. Es ist wesentlich gescheiter, in den Wohnungsloseneinrichtungen wirklich diese Kindergerechtigkeit zu schaffen und die Wohnungsloseneinrichtungen der Stadt Graz alle so schön zu machen, wie es die Arche 38 ist. Wie gesagt, dort gibt es schon WGs und dort könnten wir ohne Probleme, da müssen wir noch einmal inhaltlich darüber reden mit der Caritas, aber aus meiner Sicht gibt es da keinen Punkt, der da dagegen spricht, dass wir dort relativ rasch so eine WG einrichten, damit auch Väter mit ihren Kindern dort unterkommen können und die Kinder sich dort auch wohlfühlen. Von den Raumbedingungen her ist das jetzt schon zu 100 % gegeben aus meiner Sicht. Also, wie gesagt, wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen, sollte der Antrag die Dringlichkeit bekommen, werden wir uns inhaltlich nicht dagegen wehren, wobei ich darauf betonen möchte, dass das Referat für Frauen und Gleichstellung hier nicht zuständig ist (*Applaus SPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Das kann ich in vielen Zügen nur unterstreichen, was die Kollegin Schröck jetzt gesagt hat. Möchte aber noch ergänzen, das ist vielleicht auch wichtig zur Information, wenn es jetzt um einen alleinerziehenden Vater mit Kindern geht, erfüllt er aufgrund dieser Kriterien des Umstandes alleinerziehender Vater die

Voraussetzungen für eine Gemeindewohnung. Ist er noch dazu auch wohnungslos aus dieser Situation, wäre er ein Notfall und würde bei uns auch über eine Gemeindewohnung wohnversorgt werden. Aber wenn es jetzt um einen einzelnen Herrn geht, der aus einer Scheidung heraus sozusagen ohne Wohnung ist, trifft das zu, was die Kollegin jetzt gesagt hat, dazu muss man aber auch sagen, das Hauptproblem, was ja da die Männer haben vor allem, das muss man wirklich sagen, ist jetzt keine kommunale Angelegenheit, ist ein Landesgesetz, ein Bundesgesetz, Entschuldigung, dass man unter das Existenzminimum pfänden kann. Ich möchte Ihnen nur ein aktuelles Beispiel vor ein paar Wochen erzählen. Ein Kollege ist in Scheidung gewesen, hat zwei Kinder, zahlt in dem Fall auch brav seine Alimente, verdient netto 1.400 Euro, kriegt in dem Fall natürlich auch keine Wohnbeihilfe, wenn er eine Wohnung sich jetzt anmieten möchte, und dem verbleiben 700 und ein bisschen was, ich habe es nicht genau im Kopf und das ist das Problem dann für diejenigen, dass er sich schwertut am privaten Wohnungsmarkt. Also das ist ein Punkt, den man zum Beispiel auch gemeinsam einmal sollte angehen und zum Thema machen, weil das hat der Gesetzgeber nicht gut gelöst (*Applaus KPÖ*).

GR. Mag. **Molnar**: Ich bitte um Annahme der Dringlichkeit. Nur, Frau Stadträtin, ich möchte nur ganz kurz wirklich anbringen, dass das eigentlich wirklich ein ganz dringliches Thema ist für Männer in unserer Stadt, wie die Frau Stadträtin Kahr das gesagt hat, das ist ein ganz äußerstes Thema, das sehr viele Männer mit einem Durchschnittseinkommen von 1.600/1.700 Euro betrifft, die unter die Armutsgrenze schlittern. Und das ist ein wesentliches Thema in der Stadt und es ist mir unvorstellbar, dass Sie sagen können, wir haben im anderen Bereich Defizite und deswegen ist dieses Thema nicht dringlich. Also das ist für mich, auch deswegen dieses Thema für Gleichstellung, das ist eine Aufgabe auch dieses Amtes. Aber jedenfalls die Dringlichkeit ist in unserer Stadt gegeben, gehen Sie raus, sprechen Sie

mit jungen Männern und sehen Sie, wie viele Familien geschieden sind, und da gebe ich ganz Recht der Frau Stadträtin Kahr, das müsste man auch vom Gesetzgeber angehen. In weiterer Folge, wenn ich kein Geld habe, kann ich mir keine Wohnung und kein Zimmer mieten, das ist Milchbubenrechnung, also das ist ganz logisch (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Dass die Situation eine schwierige ist, das habe ich überhaupt nicht in Abrede gestellt, auch in meinen Sprechstunden gibt es genug Männer, die eigentlich gut verdienen und aufgrund ihrer Unterhaltsverpflichtungen und Alimentsverpflichtungen einfach wirklich arm sind, das Problem habe ich überhaupt nicht in Abrede gestellt. Aber bei der Wohnungslosenversorgung ist dieses Thema jetzt nicht dringlich und wir brauchen keine...

GR. Mag. **Molnar**: Wo wohnen die, die sind bei Freunden, Bekannten, deshalb ist das dringlich. Sie verschließen sich der Realität, schauen Sie, wie viele Leute irgendwo bei Freunden längerfristig unterkommen, das ist ein wesentliches Thema, um sich um solche Leute zu kümmern (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen SPÖ) angenommen.

GR. **Pacanda** zum Antrag: Ich möchte noch was ergänzen zu dem, was die Frau Kahr vorher gesagt hat. Ich glaube, es ist sogar so, dass nachher der Pflegeregress auch

noch greift dort in dem Fall, der auf das Netto fallen würde und nicht auf den Bereich, den ich eigentlich übrig habe. Das heißt, es kommt da eben wirklich zu interessanten Konstellationen. Wir werden dieses Thema auf jeden Fall unterstützen. Uns ist eben auch aufgefallen, dass das natürlich die Betrachtung in Richtung Männer-WG ist und wir haben dementsprechend noch einen Zusatzantrag gestellt, das dementsprechend auch für im Sinne der Gleichstellung eben bei Frauen dementsprechend evaluiert ist. Wusste nicht, dass das natürlich schon im Laufen ist, wie die Notwendigkeiten bei den Frauen da ausschauen, in dem speziellen Bereich hätten wir eben einen Zusatzantrag dementsprechend vorbereitet, das eben zu evaluieren und dort eben auch Vorschläge zu liefern, uns im Gemeinderat zum Beschluss vorzulegen, was eben dort bei den Frauen auch noch getan werden muss dringend. Dankeschön.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Zu der Frage, die vorher auch noch nach der Abstimmung oder während der Abstimmung über die Dringlichkeit diskutiert worden ist, ob es genug Einrichtungen gibt oder nicht. Es ist schon richtig, dass es genug Einrichtungen gibt und dass einige, wie du auch gesagt hast, jetzt vielleicht nicht ausgelastet sind. Wir haben trotzdem der Dringlichkeit zugestimmt und werden jetzt auch dem Inhalt, aber auch dem Zusatzantrag, zustimmen, weil natürlich trotzdem noch Handlungsbedarf ist. Auch wenn du sagst, diese Einrichtungen existieren, ist sicher einerseits ein Bedarf, sich der Männer anzunehmen, die eben nach dieser Scheidungssituation nicht recht wieder auf die Füße finden, vielleicht ist dass auch viel an Information fehlt, damit es bei denen ankommt, die stattdessen dann bei Freunden eine Zeitlang nächtigen. Vielleicht ist es auch noch eine Scham, die jetzt das erschwert, das kann ich jetzt nicht beurteilen. Wichtig ist es, dass man sich auch dieser Zielgruppe annimmt und schaut, welche Maßnahmen wir als Stadt machen können, um sie im Sinne von Gleichstellung und von Unterstützungen in schwierigen Situationen ihnen etwas anzubieten. Wir werden aber auch dem Zusatzantrag zustimmen, dass

gleichzeitig auch, wenn man sich das schon genauer anschauen wird, auch geschaut wird, ist die Situation für Frauen nach Scheidungen, was jetzt auch Wohnsituationen usw. betrifft, bereits zufriedenstellend und ausreichend oder ist hier ebenfalls Bedarf an sei es weiteren Wohnmöglichkeiten, sei es aber auch nur bessere Übermittlung von Informationen, also dass man sich das einfach gemeinsam auch anschaut. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann**: Lieber Andreas! Also das, wie meine Frau Stadträtin schon gesagt hat, ist das wirklich ein Thema, das ja durchaus sehr viele Männer in Scheidung betrifft. Wir haben aus diesem Grund der Dringlichkeit unsere Zustimmung gegeben, wir haben allerdings mit dem Antrag insofern ein Problem, dass wir der Meinung sind, das jetzt wieder eine andere Schiene der Männer-WG ist, dass sich das Problem ja nur für sehr wenige Männer lösen würde, weil die Stadt sich das wahrscheinlich nicht leisten kann, so viele Männer-WGs jetzt zu bauen und einzurichten, dass den Menschen da wirklich geholfen ist. Wir glauben ganz einfach, dass es in der Wohnungspolitik wesentlich effizienter ist, dass wir mehr leistbaren Wohnraum brauchen, dass wir auch die Frage der gesetzlichen Frage der Wohnbeihilfe erklären für diese Männer, dann wäre nämlich allen in diesem Bereich, in dieser Situation geholfen und nicht einer Handvoll, möchte ich sagen. Und aus dem Grund werden wir den Antrag jetzt im Inhalt nicht unterstützen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Gmeinbauer**: Liebe Gemeinderatskolleginnen und -kollegen, liebe Zuhörer auf der Galerie, liebe Frau Vizebürgermeisterin! Ich möchte nur auf Ihren Vorschlag eingehen, dass es Einrichtungen in Graz gibt, wo man Väter unterbringen kann, möchte ich nur sagen, dass ich seit bald 20 Jahren in der Vinzenzgemeinschaft tätig

bin und sämtliche Einrichtungen in Graz kenne und es sind dort und da Plätze frei, aber wir reden hier nicht von Männern, die alkoholsüchtig sind, die gewalttätig sind, es gibt auch Männer nach der Scheidung, die traumatisiert sind und selbst als Mutter muss ich Ihnen sagen, dass ich nicht glücklich wäre, dass meine Tochter, ob das jetzt in der Arche ist oder im Vinzidorf ist, dort ihren Vater für drei Stunden besucht in diesem Umfeld. Und von daher bin ich für diese Papa-WG oder wie man sie dann nennt dafür, dass man das wirklich differenziert, und gleichzeitig möchte ich sagen, dass wir dem Abänderungsantrag vom Herrn Gemeinderat Pacanda zustimmen (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Der Zusatzantrag von Gemeinderat Pacanda wurde mit Mehrheit angenommen.

3) Individuelle Beihilfen für Schulveranstaltungen durch die Stadt Graz

GR. Mag. **Fabisch** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es geht um eine Unterstützung für die Schulveranstaltungen Sportwochen, Schikurse sind jetzt geplant, sind schon geplant, werden jetzt zu bezahlen sein. Natürlich gibt es Elternvereine und Schulen, die Unterstützung leisten, aber es gibt auch manchmal Elternvereine, die überhaupt kein Geld in der Kasse haben und oft empfinden es Erziehungsberechtigte als sehr, sehr unangenehm vor Ort, an der Schule um

Unterstützung zu ersuchen und darum haben wir uns vorgestellt, dass eine neutrale Stelle im Magistrat, so wie es in anderen Städten und Gemeinden auch geht, dieses Angebot macht. Zum Beispiel Kapfenberg ist da, glaube ich, sehr vorbildlich. Jetzt habe ich zu meiner großen Freude und Überraschung gehört, dass es durch gute Recherche vom Herrn Dr. Wohlfahrt auch festgestellt wurde, dass es diese Einrichtung bereits gibt in Graz, aber da muss ich sagen, das ist eine der geheimsten Stellen im Magistrat. Arbeitet sicher sehr finanzschonend, weil kein Mensch das kennt und ich glaube, dann wäre es doch Aufgabe der Stadt Graz, dieses Angebot auch publik zu machen zum Beispiel in der BIG. Leute, die sich darum bemüht haben, haben sich, darf ich kurz erwähnen, im Sozialamt, im Sportamt, bei Bildung und Integration, im Amt für Jugend und Familie schlau gemacht, nirgends konnte ihnen geholfen werden. Vielleicht ist es diese Aktion jetzt, die eine Änderung herbeiführen kann. Sie haben den Antragstext vor sich, darf ich vielleicht noch vorlesen:

Die betreffenden Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert zu prüfen, inwieweit es ressortübergreifend möglich wäre, siehe Beispiel Kapfenberg, eine Anlaufstelle einzurichten, die mit Hilfe eines Fonds rasch und unbürokratisch individuelle Unterstützungen für die im Motivenbericht genannten Schulveranstaltungen ermöglicht (*Applaus KPÖ*).

StR. **Eisel-Eiselsberg** zur Dringlichkeit: Herr Kollege Fabisch, es ist ja unbestritten, dass wohl jeder hier herinnen es nicht möchte, dass Kinder oder Jugendliche nicht an Schulveranstaltungen teilnehmen können, weil es sich die Familie nicht leisten kann. Das wollen wir ebenso wenig, wie auch ich als Sportreferent alles dazu beitragen möchte, dass jedes Kind einen Verein besuchen kann und wir auch immer Wege finden, dass das möglich wird, sofern ich davon weiß, das ist auch vorausgesetzt. Im Bereich der Abteilung für Bildung und Integration gibt es eine derartige Unterstützung, einerseits über die schulautonomen Mitteln, die dezidiert auch dafür

zu verwenden sind, dann gibt es natürlich auch Unterstützungen von Elternvereinen, sofern sie, wie du richtig anmerkst, überhaupt existieren und sofern sie dann auch finanziell in der Lage sind, hier etwas Namhaftes zu leisten. Es gibt darüber hinaus in der Abteilung bei Anfrage von Schulen, wenn deren autonomen Mitteln nicht reichen, auch zusätzliche Unterstützungen nochmals von der Abteilung selbst. Es gibt erfreulicherweise viele Vereine und Initiativen, ich darf hier vielleicht die Oberlandler Graz nennen, die das ganze Jahr heuer zum Beispiel unter die Aufgabe gestellt haben, Kindern und Jugendlichen in diesen Fragen zu helfen und mit allen Schulen Kontakt aufgenommen haben, sich angeboten haben, wenn es da und dort ein Problem gibt, nicht ausschließlich jetzt bezogen auf Schulveranstaltungen, insgesamt soziale Probleme, dass die Direktionen das ihnen melden. Also da gibt es jetzt einiges, das rundherum Gott sei Dank anzubieten ist. Nichtsdestotrotz soll man immer nachdenken, ob es da nicht etwas Besseres gibt, das System noch besser wird, weil eines ist schon richtig, natürlich ist es für manche eine große Hemmschwelle, bei der Schule anzufragen, manche trauen sich einfach nicht, haben eine gewisse Scham, das kann man durchaus nachvollziehen. Wenngleich ich sage, und so ist halt mein Eindruck, dass gerade der Klassenlehrer, die Klassenlehrerin, die Schulleitung sehr genau weiß, wie ist der soziale Status einer Familie und da muss man nicht bitten und betteln, dann kommen schon die PädagogInnen auf die Familien oft zu. Nämlich ohne Striptease der Einkommensverhältnisse. Wenn wir eine zentrale Anlaufstelle schaffen, wo auch immer die angesiedelt ist, wird es diesen Einkommensstriptease geben müssen, weil die Einschätzung einfach fehlt. Das heißt, es gilt das abzuwägen, welches System können wir finden in der Stadt Graz, das bestmöglich so funktioniert, dass eben die notwendigen Unterstützungen dort ankommen, wo wir es wollen. Insofern stimmen wir der Dringlichkeit zu und werden gerne darüber nachdenken, wie wir bestehende Systeme adaptieren und verbessern können. Es wird einen Abänderungsantrag seitens der ÖVP geben, der aber an der Sache selbst nichts ändert, meine ich einmal, da kommt nur eher auch zum Ausdruck, dass wir Systeme haben, aber der Dringlichkeit stimmen wir zu (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzter Gemeinderat! Wir stimmen natürlich diesem Antrag auch zu, und auch dem Abänderungsantrag der ÖVP werden wir zustimmen, weil es natürlich grundsätzlich wichtig ist, soziale Hürden abzufedern. Aber, erlauben Sie mir trotzdem noch etwas zu sagen. Es ist grundsätzlich eine Besorgnis erregende Entwicklung, dass die Kosten, die auf Eltern zukommen, die ihre Kinder derzeit in den Schulen haben, immer weiter steigen. Das ist in den Neuen Mittelschulen und Volksschulen noch niedriger, besonders heftig wird es dann natürlich in den AHS, wo die Schulen sich messen, sich gegenseitig übertrumpfen, wo sie welche Fernreise hin machen und das können wir irgendwann von der öffentlichen Hand ja gar nicht mehr abfedern mit Beihilfen. Das heißt, ich glaube, es gehört da auch dringend ein Umdenken. Schule ist, Gott sei Dank, kostenlos grundsätzlich, aber wenn man sich die Zusatzkosten, die Kosten, die zwar nicht als monatliche Schulkosten tituliert werden, die aber dann für Kinder und vor allem natürlich für ihre Eltern auf sie zukommen, wenn sie die Schule besuchen, damit sie einfach am normalen Leben in der Schule auch teilnehmen können, die werden immer höher und ich sehe das als sehr, sehr Besorgnis erregende Tatsache und ich glaube, wir sollten da alle miteinander auch einwirken auf das System, dass es nicht zu diesem sich gegenseitigen Übertrumpfen an Schulveranstaltungen, die mit Kosten verbunden sind, kommt. Das geht schon im Kindergarten los und wird dann mit zunehmendem Alter immer mehr. Aber natürlich stimmen wir einer sozialen Abfederung zu. Danke (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Ich möchte jetzt, meine sehr verehrten Damen und Herren, Dringlichkeit und Inhalt gar nicht mehr so weit trennen, ich wollte nur auf den Kollegen Stadtrat Eiselsberg antworten. Seine Beispiele überzeugen mich nicht ganz, wohl sein Bemühen um alle Kinder in Graz. Ich möchte schon betonen, es geht nicht darum, von Wohltätigkeit abhängig zu sein oder von Elternvereinen, die entweder

Geld haben oder auch nicht; wir haben Schulen, da haben die Eltern gar nichts. Es geht darum, weg von der Schule, ich möchte keinen Elternteil in dieser peinlichen Situation erleben müssen, den Klassenlehrer oder den Direktor um etwas bitten zu müssen, Kapfenberg hat es vorgemacht, eine neutrale Anlaufstelle, wo man selbstverständlich mit einem Verdienstschein, das ist ganz klar, aber dann sofort eine Antwort bekommt, du bekommst etwas oder bei dir geht es sich leider nicht aus und dann würde ich halt auch ersuchen, so einen Fonds auch entsprechend auszustatten. Dankeschön (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR.ⁱⁿ **Kaufmann** zum Antrag: Wir haben eben zum Inhalt schon einiges gehört. Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Ich darf den Abänderungsantrag gleich einbringen, der auch unterstützt wird von der FPÖ, SPÖ und von den Grünen und zwar es gibt schon einige Systeme, der Herr Stadtrat hat das ausgeführt, das sind die schulautonomen Mittel direkt an der Schule, das ist darüber hinaus dann auch die Möglichkeit von der Schule, auch bei der Abteilung noch einmal anzusuchen bis hin zur Arbeiterkammer, die Unterstützungsmaßnahmen auch anbieten. Uns ist es wichtig, dass die bestehenden Systeme, die es da schon gibt, noch weitergearbeitet wird und da neue Wege vielleicht auch gefunden werden. Daher der Abänderungsantrag: Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden aufgefordert, zu überprüfen, ob die bestehenden Systeme für Unterstützungen bei Schulveranstaltungen verbessert werden können (*Applaus ÖVP*).

StR.ⁱⁿ **Kahr**: Wir nehmen ja selbst viel wahr, weil wir viel mit Eltern mit Kindern zu tun haben und der Befund von der Kollegin Marak, den kann man nur unterstützen. Ich möchte nur eines sagen, der Abänderungsantrag, auch wenn er in der Intention auch was Gutes hat, löst aber das eigentliche Problem nicht, von dem mein Kollege gesprochen hat und zwar vor allem aus einem Grund, weil dass wir diesen Vorschlag machen, kommt von Lehrenden, das ist uns nicht einmal selber eingefallen, sondern das war der Wunsch von Lehrenden in Pflichtschulen und ich denke, jeder Stadtrat und jede Stadträtin, ich weiß nicht, wie es euch geht, also wir erleben das, sind fast wöchentlich Ansuchen über Unterstützungen für die Kinder an den Schulen und das muss einem einfach zu denken geben und deshalb haben wir das auch eingebracht (*Applaus KPÖ*).

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Wir finden den Antrag der KPÖ auch wichtig und gut, dass er eingebracht worden ist. Ich habe auch ein kleines bisschen ein schlechtes Gefühl bei diesem Abänderungsantrag, er ist formal richtig, deswegen unterstützen wir ihn, es gibt diese Stelle. Bei uns waren Lehrer, wir haben recherchiert und das gefunden und es ist völlig richtig, es gibt diese Stelle. Nur, wenn es die Lehrenden nicht wissen, wenn wir es nur auf Recherche feststellen, die man natürlich machen kann und wir auch gemacht haben, wir zahlen öfter aus unserer Parteiförderung da was dazu, weil wir das ganz wichtig finden. Da muss man sagen, die Stelle gibt es, das ist richtig, aber da hat es im System was und deswegen volle Unterstützung für die Elke Kahr, das gehört bekannter gemacht, das muss bekannt sein, es kann nicht sein, dass da man ewig herumsuchen muss, dass man so etwas findet und wir müssen natürlich auch aufpassen bei so einer Unterstützung, dass die Zugangsbarrieren nicht zu hoch sind. Es ist total wichtig, dass das relativ einfach geht, dass man sich überlegen muss, mit Einkommensnachweis usw., ich meine, eigentlich ist das Problem schon woanders. Jeder der Kinder hat, und auch die anderen, für viele von uns ist das kein Problem,

diese Gelder für diese Schulveranstaltungen aufzubringen, aber für den zunehmenden Teil der Bevölkerung ist es ein großes Problem und eigentlich würde ich noch lieber dorthin schauen, es ist ja ein Skandal, im Pflichtschulbereich, der Gott sei Dank gratis ist, da die Schule an sich ja gratis ist, wenn da immer mehr Sachen dazukommen, die man zahlen muss, bitte, was soll das? Also da hat es ja auch ein großes Problem geben, das kann man nur bedingt lösen, aber dort sollte man eigentlich hinschauen, bei den Volksschulen sind es kleine Beträge, die manchen auch wehtun, den meisten nicht, in den höheren Schulen wird es ja teilweise verrückt, wenn dann die Kinder nach Amerika fahren und Dergleichen und, und, und. Das ist ja eine ganz eigene Geschichte, die da nicht Gegenstand ist, aber eigentlich wäre das das Problem, weil wir betreiben halt ein bisschen Kosmetik, aber es ist eine wichtige Kosmetik, ich will es nicht runterreden und wir müssen schauen, dass denen, die es so dringend brauchen, einfach geholfen wird. Deswegen volle Unterstützung und rein formal gibt es die Stelle und bitte bauen wir die aus, das ist viel wichtiger als zu streiten, ob es die gibt oder nicht, wir brauchen da eindeutig mehr (*Applaus Grüne*).

GR. **Hötzl:** Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Vorsitzende! Der Kollege Dr. Wohlfahrt hat es eh schon gesagt, die Stelle gibt es. Der Antrag der KPÖ grundsätzlich ist natürlich gut, wir sehen selber, dass es da Probleme gibt, dass es Kinder gibt, die sich, oder Eltern von Kindern gibt, die sich das leider nicht leisten können, wenn es Schulveranstaltungen gibt, Schikurs usw., Kollege Wohlfahrt, wie gesagt, hat erwähnt, die Stelle gibt es, wir sehen auch hier das Problem, dass die Stelle eben unbekannt ist oder zuwenig bekannt ist. Aber genau daraufhin zielt der ÖVP-Abänderungsantrag hin, dass man eben alles Mögliche unternimmt, um diese Wege aufzuzeigen, um den Eltern und auch den Schulen den Weg dorthin zu ebnen mehr oder weniger. Deshalb unterstützen wir den Abänderungsantrag von den Schwarzen (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Fabisch**: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Also gibt es jetzt diese Stelle oder nicht, anscheinend gibt es sie. Kein Mensch kennt sie, sie ist anscheinend so schlecht ausgestattet, dass es zusätzliche Hilfen braucht auf Basis der Wohltätigkeit, von Seiten der AK, und was ich besonders problematisch finde und inakzeptabel sehe, ist, dass die schulautonomen Mittel darunter zu leiden haben, das ist ja unglaublich. Ich habe gerade vor eineinhalb Stunden hier gefordert, die Schulen mit solchen Mitteln auszustatten, dass sie nicht gezwungen sind, Cola Automaten aufzustellen und mit einer Aufstellungsgebühr dann Schulmittel zu leisten, das ist ja unmöglich. Also schulautonome Mittel sind für diese Dinge sicher nicht einzusetzen.

Zwischenruf StR. Eisel-Eiselsberg: Dafür gibt es einen Katalog. Das ist eine Vereinbarung.

GR. Mag. **Fabisch**: Ja, ich sage es hier, dafür dürfen sie es nicht, da müssen wir den Katalog ändern, dafür brauchen wir dann anscheinend eine andere Anlaufstelle. Ich kann mich noch erinnern, dass vor kurzem noch das Klopapier in diesem Budgettopf drinnen war, das soweit dann geführt hat, dass die Kinder angehalten wurden, Klopapier selbst von zu Hause mitzunehmen, soweit geht es schon, jetzt ist das Klopapier in einem eigenen Budgettopf, das ist gut so und ich bin der Meinung, dass auch diese Unterstützungen einen eigenen Budgettopf brauchen. Dankeschön (Applaus KPÖ).

Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit angenommen.

4) Psychotherapie gegen Verrechnung auf Krankenkasse

GR.ⁱⁿ **Heinrichs** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Damen und Herren! Es gibt heute eine Menge an sozialen Themen, da komme ich auch noch mit einem Riesenbrocken daher, der sehr wichtig ist. Ich möchte seitens der KPÖ folgenden Antrag zur dringlichen Behandlung einbringen, es geht um Psychotherapie gegen Verrechnung auf Krankenkasse. Einsparungen auf vielerlei Ebenen und Strukturveränderungen in Arbeits- und persönlichen Lebensbereichen haben dazu geführt, dass sehr vielen Menschen bei großen Sorgen und gefährdete Existenz angekommen sind und in diesem Zusammenhang ergeben sich psychische Krankheiten, die zu somatischen führen können, die Dinge hängen zusammen. Die Depression gilt mittlerweile als Volkskrankheit. 3% der Bevölkerung, das sind immerhin 250.000 Menschen, haben schwere psychische Störungen.

Viele unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger und ganz besonders jene, die es am allernotwendigsten hätten, Therapie anzunehmen, können sich das nicht leisten. Laut oberösterreichischer GKK sind etwa die Hälfte der Selbstzahler und Selbstzahlerinnen Niedriglohnempfänger oder sie verfügen überhaupt über kein Einkommen.

Zwar gibt es grundsätzlich kassenfinanzierte Therapieeinheiten zu Beginn einer Behandlung, doch sind Therapeuten und Therapeutinnen, welche unter Kassenvertrag stehen, in der Minderzahl und somit zeitlich weitgehend ausgebucht, es kommt zu langen Wartezeiten.

Bei allen volkswirtschaftlichen Überlegungen müssen wir eben auch diese volkswirtschaftliche Überlegung anstellen, nämlich dass die Katastrophen in diesem Zusammenhang, also im Zusammenhang mit den ansteigenden Krankheiten auf

diesem Gebiet, die nicht behandelt werden können, zu enormen Folgekosten führen werden. 35.000 Patientinnen und Patienten werden in Österreich auf Schein behandelt. Die Verrechnung erfolgt wie auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, was sehr oft der Fall ist, bundesländerweit unterschiedlich. Und jetzt kommt etwas ganz Wichtiges. Die flächendeckende, kassenfinanzierte Psychotherapie ist in Österreich im ASVG, also im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz, eine gesetzlich verankerte Pflichtleistung. Seit 1992 es ist bislang kein bundesweiter Vertrag gelungen.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag:

Die Stadt Graz richtet eine Petition an den Bundesgesetzgeber, damit dieser die Voraussetzungen dafür schafft, dass die Behandlung aller psychisch erkrankten Mitmenschen gegen Kassenverrechnung und ohne lange Wartefristen gewährleistet werden kann. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Vordergründig, liebe Elke, könnte man ja fast Gefallen dran finden, die Idee zu diskutieren. Aber nach einiger Recherche kann ich weder die Dringlichkeit noch die Notwendigkeit für den Antrag sehen, denn laut Auskunft der Gebietskrankenkasse gibt es Kontingentstunden in der Steiermark, die ständig erhöht werden, und so waren es im Jahr 2008 80.000 Stunden für Psychotherapie, die von den Krankenkassen übernommen werden oder von der Gebietskrankenkasse übernommen werden und aktuell sind es jetzt 95.000. Und wenn man nachfragt, ob das reicht, dann kommt die Auskunft, dass das in keinem Jahr voll ausgeschöpft wurde, also ist die Versorgung da. Wenn man weiter recherchiert zum Beispiel über

die Website von Psy-Online, dann kann man da lesen, dass die kostenlose, also von den Krankenversicherern finanzierte, Psychotherapie in Anspruch genommen werden kann bei allen VertragsärztInnen, die das Psy-Diplom haben und einen Krankenkassenvertrag beziehungsweise mit E-Card abrechnen. Um niederschweligen Zugang dazu zu gewähren, muss man nicht unbedingt zu VertragsärztInnen gehen, sondern es gibt auch Einrichtungen, da gibt es einige in Graz, zum Beispiel den „Verein zur Förderung der seelischen Gesundheit“ oder „Rettet das Kind“ oder die heilpädagogische Station Graz Wetzelsdorf usw. Also es scheint die Versorgung gegeben zu sein, es stimmt, dass es österreichweit keine generelle Regelung gibt, aber in der Steiermark werden die Stunden, die zur Verfügung stehen, seit Jahren nicht voll ausgeschöpft. Danke (*Applaus ÖVP*).

GR. **Luttenberger:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe gestern einen einjährigen Kurs beendet, der nennt sich Sozialpsychiatrischer Grundlehrgang, und meine Abschlussarbeit war, über Einrichtungen zu schreiben, die es in Graz gibt. Ich gebe zwar der Kollegin Kopera durchaus Recht, dass die Krankenkasse ein sehr hohes Kontingent hat, aber in meinem Bereich von Kinder- und Jugendpsychiatrie war ich sehr baff, wie ich recherchiert habe, es gibt in der Steiermark eine einzige Facharztstelle für Kinder- und Jugendpsychiatrie, es gibt in Graz sechs oder sieben Fachärzte für Psychiatrie, die sich auch mit Jugendlichen befassen, aber eben nicht für diesen Fachbereich ausgebildet sind. Ein Facharzt nimmt Krankenschein, die anderen Fachärzte sind Wahlärzte, Sie wissen, was das bedeutet, und natürlich reden wir von Zugängen, von jugendlichen Zugängen, die eben nicht diese finanziellen Möglichkeiten haben. In der Steiermark wird vermutet, dass es alleine 12.000 Jugendliche gibt, die eine psychiatrische Betreuung benötigen würden. Wenn ich das runterbreche, gehe ich einmal davon aus, dass das alleine im jugendlichen Bereich 6.000, 7.000, 8.000 Personen sind. Und deswegen möchte ich das schon

unterstützen, dass es einerseits richtig ist, dass die Krankenkasse große Kontingente hat, aber gleichzeitig gibt es einen enormen Bedarf. Und psychiatrische und psychische Auffälligkeiten, das ist ein Massenphänomen und das wird zunehmen und deswegen würde ich doch ersuchen, hier Ihre Überlegungen in die Richtung zu lenken, dass man dieser Dringlichkeit oder diesem Antrag zustimmt (*Applaus KPÖ*).

StR.ⁱⁿ **Rücker**: Wir wollten ja hier ein Gesundheitsleitbild beschließen, das wir ja hoffentlich das nächste Mal beschließen und da es ist es auch um Chancengleichheit gegangen, deswegen bin ich sehr froh über den Antrag der KPÖ. Denn auch meine Informationen zeigen einerseits, dass es sehr lange Wartelisten gibt, um zu solchen Plätzen zu kommen, auch gerade von der Gesellschaft, die Sie erwähnt haben, von der Gesellschaft für Psychotherapie ist es so, dass die sagen, die Kontingente reichen gerade im psychosozialen Bereich bei weitem nicht aus, die zugeteilt sind, und es gibt Vereine, die insbesondere auch Trauma und im Integrationsbereich arbeiten, die gar keinen Zugang haben. Ich habe mir das als eines der Tagesordnungspunkte vorgenommen, ich habe demnächst meinen Antrittsbesuch mit der neuen Chefin der GKK, es hat nämlich bisher leider sehr wenig Bewegung gegeben, auch mit der bisherigen Leitungsstruktur, und dieses Thema, wie das Thema mit den Hebammen etc, wo immer wieder auftaucht, dass die GKK dann nicht unbedingt als bereitwilliger Partner aufgetreten ist, werden in dieser Sitzung auch behandelt werden und danke für den Antrag, wir werden ihn auch vollinhaltlich unterstützen (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Es gibt ja immer allerhand Informationen, die man zur Grundlage nimmt, wenn man etwas vorbringt und meine Informationen gehen auf sehr viele persönliche Gespräche mit Psychotherapeuten und nicht nur diesen zurück, ich weiß

natürlich, dass es Netzwerkschaften gibt usw. Es gibt Einrichtungen, die sind zu wenige und allen Gemeinderäten wurden auch diese Unterlagen, das ist das Dossier der Mängel im Gesundheitswesen, herausgegeben von der Ärztekammer, inhaltlich verantwortlich sind die einzelnen Berufsgruppen, die da allerhand aufzeigen, aber auch Lösungsmöglichkeiten drinnenstehen, liegt mir im Großen und Ganzen zugrunde wie gesagt, nicht nur das. Danke für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Unterbrechung des Gemeinderates von 17.30 bis 18.05 Uhr.

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz um 18.05 Uhr.

5) Pflegefonds: Transparentes Modell für die Aufteilung der Bundesmittel durch das Land Steiermark

GR. Mag. **Haßler** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Jetzt, wo wir frisch gestärkt sind, kann ich meinen Antrag ja etwas ausführlicher zelebrieren, vor der Pause wollte ich ihn etwas abkürzen, aber jetzt, glaube ich, geht es wieder. Gehen tun es im Antrag um eine zusätzliche Mittellukrierung für die Stadt Graz. Ausgangspunkt ist der Pflegefonds des Bundes, der im Jahre 2011 gesetzlich verankert wurde. Nach der derzeit gültigen Gesetzeslage wird es den Pflegefonds wahrscheinlich bis Ende 2016 geben und er hat das Ziel, die Länder und Kommunen angesichts der steigenden Pflegekosten zu entlasten. Im Gesetzestext ist festgelegt, dass es ein Zweckzuschuss ist, der vor allem die Langzeitpflege unterstützen soll, und die Aufteilung der Gelder erfolgt an die Länder nach der jährlich ermittelten Wohnbevölkerung. Die Länder wiederum sind verpflichtet, auch die Gemeinden entsprechend dem Verhältnis ihrer tatsächlich getragenen und nachgewiesenen Nettoaufwendungen für die Langzeitpflege zu beteiligen.

Die Steiermark hat von den 100 Millionen 2011 zirka 14,4 Millionen erhalten, der Anteil der Stadt Graz daran war 9,3 %. Im Jahr 2012 ist der Fonds um 50 % gestiegen, der Anteil des Landes Steiermark allerdings nur um ein bisschen mehr als eine Million Euro und der Anteil der Stadt Graz ist prozentuell sogar gesunken. Und 2013, inzwischen ist der Pflegefonds verdoppelt, ist der Anteil des Landes wundersamerweise gesunken, wenn man sogar den Wert von 2011 hernimmt und der Anteil der Stadt Graz prozentuell ist noch einmal weiter runtergegangen, liegt jetzt knapp bei 7,3 %. Anmerken darf ich, dass angeblich, zumindest was der ASVG zu entnehmen ist, weitere 5,6 Millionen von der Steiermark nachträglich verrechnet werden können, was zwar die Zahlenaufstellung verändern würde, nicht aber die dahinterstehende Problematik.

Zusammengefasst kann man festhalten, obwohl der Pflegefonds, wie dargestellt, bundesweit in den vergangenen drei Jahren verdoppelt wurde, erhielt die Stadt Graz aus den Steiermark-Anteilen prozentuell und nominell Jahr für Jahr weniger Geld. Warum dem so ist, aus welchem Grund Graz trotz Erhöhung des Pflegefonds heuer

um fast 300.000 Euro weniger als 2011 erhält, ist nicht nachvollziehbar, zumal die Aufwendungen der Stadt Graz für die Pflege von Jahr zu Jahr gestiegen sind. Mehrere Nachfragen des Sozialamtes bei der zuständigen Fachabteilung im Land, nach welchem Berechnungsschlüssel denn seitens des Landes die Mittel aufgeteilt werden, blieben unbeantwortet, von Transparenz kann keine Rede sein. Und ebenso wenig konnte bis dato erklärt werden, warum der Steiermark-Anteil am Pflegefonds nicht in jenem Ausmaß gestiegen ist, wie sich der Pflegefonds auf Bundesebene entwickelt hat.

Ich darf daher namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

dringlichen Antrag

stellen: Die zuständige Landesrätin Mag.^a Kristina Edlinger-Ploder wird dringend ersucht

- a) darüber aufzuklären, warum der Steiermark-Anteil am Pflegefonds nicht in dem selben Ausmaß angehoben wurde, wie dies auf Bundesebene erfolgt ist und gegebenenfalls entsprechende Initiativen zu setzen, dass auch die Steiermark angesichts der Verdoppelung dieser Mittel entsprechend berücksichtigt wird,
- b) den derzeitigen Berechnungsschlüssel, nach dem seit 2011 der Steiermark-Anteil am Pflegefonds des Bundes auf die einzelnen Sozialhilfeverbände und die Stadt Graz aufgeteilt wird, offenzulegen und ein nachvollziehbares, transparentes Modell zu entwickeln und uns auch transparent zu präsentieren.

Ich bitte um möglichst breite Zustimmung, damit wir vielleicht doch ein bisschen mehr Geld bekommen, das wir dringend brauchen würden (*Applaus SPÖ*).

GR. Mag. **Frölich** zur Dringlichkeit: Lieber Gerald, hoher Gemeinderat! Die Ziffern sind tatsächlich schon bemerkenswert, also es wäre jetzt eine Redezeitverschwendung, noch einmal zu wiederholen. 100 Millionen 2011, der Anteil der Stadt Graz 1,3, 59 Millionen. 150 Millionen österreichweit 2012, der Anteil der Stadt Graz 1,3 80 Millionen. Jetzt 2013 200 Millionen, also das geht in die richtige Richtung, aber dass Land und die Stadt hier immer weniger bekommen, da muss man wirklich dringlich eine Frage stellen. Wir werden daher der Dringlichkeit auch zustimmen. Mir stellt sich nur eine ganz wesentliche Frage, ich habe also auch recherchiert, einfach um festzustellen, wie gibt es denn so etwas, dass man da so lange zuschaut, was ist da los im Land, was ist da los in der Stadt, warum geht denn das überhaupt, wenn ich weiß, ich krieg 2011 100 Millionen, 2013 stehen 200 Millionen zur Verfügung, in Zeiten dieser budgetären Engpässe. Es wird also von Seiten des Landes jetzt nach diesem Bemessungsschlüssel-Anteil der über 75-Jährigen bemessen seit der zweiten Tranche 2012 und zuvor waren es tatsächlich diese Nettoausgaben für die stationäre Pflege, nach der aufgeteilt wurde. Meine Nachfragen beim Land haben ein erstaunliches Ergebnis gezeigt. Einerseits hat man mir gesagt, dass man eine Stellungnahme des Verfassungsdienstes des Landes von Seiten des Büros der zuständigen Landesrätin angefordert hat, ob denn die Aufteilung, die man jetzt heranzieht, auch gesetzeskonform ist und den Bestimmungen des Gesetzes entspricht und man sei selbstverständlich für die Zukunft gesprächsbereit, wenn man hier ein anderes Ergebnis erzielt. Zweitens frage ich mich, ob es da nicht jemand mit Karl Kraus hält, der irgendwann einmal gesagt hat, meine eigenen Angelegenheiten interessieren mich nicht. Weil es hätte schon längst auch in der Stadt jemand draufkommen müssen oder aktiv werden müssen in der ressortmäßigen Zuständigkeit und einmal sagen müssen, ich warte jetzt nicht drauf, dass irgendjemand einen dringlichen Antrag stellt, sondern ich werde aktiv und ich rücke aus und ich frage nach. Also weder die Leiterin der Sozialabteilung beim Land noch die zuständigen BearbeiterInnen im politischen Büro der zuständigen Landesrätin noch die Landesrätin konnte mir bestätigen, dass sich irgendjemand von der Stadt Graz dort

gemeldet hätte und das wundert mich. Also das wundert mich bei diesen Beträgen, um die es hier geht, deshalb hätte ich mich einfach interessiert, wer hat denn bei wem irgendwann einmal nachgefragt? Wir werden also der Dringlichkeit zustimmen und auch inhaltlich zustimmen, weil das einfach ein sehr, sehr wesentlicher Punkt ist. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ich möchte darauf gleich antworten, das Problem, Herr Gemeinderat Frölich, ist, dass das Land mit enormem Verzug verrechnet. Wir haben jetzt letzte Woche die Vorschreibung bekommen für die 24-Stunden-Betreuung für das Jahr 2012. Seit dem Jahr 2011 ist im Sozialhilfegesetz verankert, dass wir für die 24-Stunden-Betreuung jetzt auch diese Aufteilung 60:40 Land und Stadt oder Land und Gemeinden-Sozialhilfeverbände haben und wir haben jetzt die Information bekommen, was wir zu zahlen haben, nämlich 446.000 Euro und das zieht sich leider beim Land durch. Und es ist von Seiten meines Abteilungsvorstandes Mag. Wippel immer wieder, und das hat er auch alles schriftlich, beim Land angeklopft worden, wir wollten einfach wissen, wie das Land immer auf diese Summen kommt und wir kriegen das aber immer so verzögert abgerechnet beziehungsweise vorgeschrieben und ohne jegliche Informationen, da sind wir leider ausgeliefert. Und ich habe gestern im Hauptausschuss des Steirischen Städtebundes das auch thematisiert und allen anderen Sozialhilfeverbänden geht es gleich, die kriegen einen Brief, wo eine Summe drinnen steht und für niemanden ist es nachvollziehbar, wie sich diese einzelne Summe errechnet. Und das ist einfach das Problem, wir haben es nicht vorher tun können, weil wir es einfach nicht gewusst haben und das ist jetzt der mögliche Weg, den wir da versuchen werden. Man muss auch noch dazusagen, dass das Land sich von dem Anteil, den es bekommt, einmal 60 % wegnimmt, was auch nicht fair ist, weil die Stadt Graz hat im Bereich der Pflege einzelne Maßnahmen, die wir zu 100 % finanzieren müssen, also keine 60 : 40 Teilung

gibt, zum Beispiel bei den Tageszentren ist das der Fall. Da hat das Land, das ist auch immer so ein Lotteriespiel, manchmal zahlen sie was, manchmal zahlen sie nichts. Es ist einfach ein Chaos beim Land im Moment, was diesen Bereich betrifft und das muss man einfach aufzeigen und das tun wir jetzt hiermit und für die Jahre bis 2016 ist ja vorgemerkt, dass der Pflegefonds insgesamt auf 300 Millionen Euro steigt und ich gehe jetzt davon aus, das Land hat in dieser Woche jetzt noch einmal eine Nachzahlung bekommen für das heurige Jahr um 5,6 Millionen, ich gehe jetzt davon aus, dass das ab jetzt auch von Landesseite wirklich funktioniert und dass wir jetzt auch noch einen Teil dieser 5,6 Millionen Euro bekommen. Aber kurz zusammengefasst, wir bekommen die Abrechnungen immer so spät, dass das teilweise zwei Jahre später passiert, dass man einfach nicht früher reagieren haben können.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Vielleicht eines vorweg, wir Grünen werden die Dringlichkeit unterstützen von diesem Antrag. Aber trotzdem bin ich doch ein bisschen überrascht oder will es gar nicht glauben oder weigere mich, das zu glauben. Wenn man jetzt richtig zugehört hat, einerseits glaube ich, dass der Klub mit der Frau Vizebürgermeisterin kommuniziert, auch hat sie selbst soeben auch gesagt, das kann ja wohl nicht sein, dass die zuständige Stadträtin bei uns nicht weiß, nach was für einen Schlüssel das abgerechnet wird oder vielleicht ist es doch so?

Zwischenruf Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck: Das ist so.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Es ist so, dann weigere ich mich, das zu glauben, weil so kann Verwaltung nicht stattfinden. Aber ich muss es fast zur Kenntnis nehmen, dass das im normalen Weg schon gar nicht mehr funktioniert, umso überraschter bin ich, ich habe gedacht als Grüner, die Reformpartnerschaft kommuniziert mit uns nicht mehr. Das die Reformpartnerschaft aber in der eigenen Partei nicht mehr kommuniziert, das schreckt mich jetzt schon ein bisschen, das heißt, es funktioniert weder der normale Verwaltungsweg, der funktionieren müsste, weil normalerweise gibt es Erklärungen, normalerweise gibt es in Österreich üblicherweise auch Verordnungen, nach was was ausbezahlt wird, die Verordnungen sollte man finden, wenn es welche gibt. Vielleicht gibt es auch keine, mich wundert das schon, dass Millionen freihändig vergeben werden. Aber das kritisieren wir im Land schon öfters, aber da gibt es zwei Parteien, die es momentan sehr stark verteidigen und da muss ich dann schon auch fragen, weil wenn das weder innerparteilich funktioniert noch am normalen Verwaltungsweg funktioniert, dann ist der Antrag wirklich notwendig, das sehe ich schon, da werden wir ihn auch unterstützen. Aber ein bisschen überrascht sind wir schon über diese Zustände im Lande Steiermark, ich dachte mir, wir sind anders in dieser Republik, aber offensichtlich funktioniert das freihändig und daher unterstützen wir das auch gerne (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir Freiheitlichen stimmen diesem Antrag zu, weil wir für Transparenz sind und gegen Ungleichbehandlung, und zwar die Ungleichbehandlung gegen das Land Steiermark und die Stadt Graz. Allerdings der Grund für diese Ungleichbehandlung des Landes und der Stadt am Anteil des Pflegefonds des Bundes ist der Pflegeregress. Rot und Schwarz trafen diesen Pflegeregress, wir wollen ihn ja nicht, wie wir schon öfter bekanntgegeben haben. Der Pflegeregress bedeutet Einnahmen und das wird uns abgezogen und genau deswegen ist unser Anteil am Pflegefonds des Bundes einfach geringer. Und der Steirer, muss ich dazusagen, zahlt

Steuern, diese Steuermittel fließen zum Teil auch in diesen Pflegefonds des Bundes und die Angehörigen von pflegebedürftigen Menschen zahlen den Pflegeregress, das heißt, die Steirer zahlen doppelt. Das ist ein weiteres Argument gegen den Pflegeregress. Aber Rot und Schwarz hält daran fest. Frau Landesrat Edlinger-Ploder meint, die anderen Bundesländer sind feig, ich finde, es ist nicht mutig, sondern es ist äußerst übel, zu Lasten der Steirer auf Bundesmittel zu verzichten (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Eber** zum Antrag: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Zunächst herzlichen Dank an den Antragsteller für diesen wichtigen Antrag und vor allem auch, dass du da die Zahlen so schön ausgehoben hast, dass man da einmal sieht, was da passiert. Zahlen sind da sehr viele genannt, ich werde noch ein paar hinzufügen, wenn ich darf. Der Pflegeregress, der ja von der Kollegin von der FPÖ bereits angesprochen wurde, bringt dem Land Einnahmen in Höhe von knapp über neun Millionen Euro im Jahr, davon muss man aber schon wieder eine Million ungefähr abziehen, das die Verwaltung desselben kostet. Ich wollte daher einen Zusatzantrag stellen. Ich habe ihn auch an die Klubs ausgeteilt, wo wir wiederum bekräftigen unsere Forderung, dass dieser Regress weg muss. Die strengen Augen der Frau Dr. Zwanzger, ihr ist natürlich aufgefallen, dass dieser Antrag nicht zulässig ist, weil keine unmittelbare Verknüpfung mit deinem Antrag da ist. Ich bedanke mich jedenfalls bei allen, die Zustimmung zu diesem Zusatzantrag, der nun nicht kommen wird, signalisiert haben. Das ist natürlich zu akzeptieren und akzeptieren wir auch so, dennoch glaube ich auch, und da knüpfe ich auch an meine Vorrednerin, also dass das auch ein wichtiger Punkt ist, den man da beseitigen muss, diesen Pflegeregress, ansonsten werden wir dem Antrag natürlich auch inhaltlich voll zustimmen. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Von den Glücksgefühlen direkt zur überraschenden Geschwindigkeit des Gemeinderates und jetzt noch zur Zustimmung von nicht gestellten Anträgen. Jetzt darf ich vielleicht einen Satz dazusagen, weil ich das ganz gerne wirklich aus der gesamten Stadtsicht behandeln würde. Ich glaube, dass es gut wäre, dass wir sowohl die Finanzdirektion als auch den Stadtrechnungshof als auch unsere Juristinnen und Juristen einspannen sollten, uns dieses Thema jetzt einmal genauer anzuschauen. Weil es gibt von so manchen Juristen die Frage und deswegen wird es auch auf Landesebene geprüft, wie ist es mit der Verfassung überhaupt vereinbar, in welcher Form wird da abgerechnet, wie schnell sind Zahlungsströme unterwegs, ich denke, dass das gerade bei den angespannten Haushaltssituationen ein Thema ist, das dringend angeschaut werden muss und deswegen finde ich es gut, dass wir das heute auch als dringlichen Antrag da behandeln, da gehört wirklich Klarheit und Transparenz auf den Tisch. Also ich bin auch überrascht über das Ausmaß und ich kann jetzt nicht allen Verbindungen auch direkt zum Regress gleich zustimmen, mag sein, dass sie da Recht haben, dass letzten Endes das wieder abgezogen wird. Ich habe das so im Detail mir noch nie angesehen, aber das wäre natürlich gleich doppelt schwierig für uns.

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Ganz kurz, sehr geehrter Herr Bürgermeister, hohes Kollegium im Gemeinderat. Ich kann natürlich so nicht im Raum stehen lassen, dass hier Feigheit und solche Ausdrücke im Raum stehen, auch von der freiheitlichen Kollegin. Unsere Landesrätin arbeitet sicher in hohem Maße verantwortungsbewusst, nur ich möchte ganz kurz zitieren heute in der Kronen Zeitung die Zunahme der pflegebedürftigen Personen, und das muss uns schon sehr beschäftigen, weil diese Menschen sind jetzt

schon alle auf der Welt, bis 2050 wird sich die Zahl der Pflegefälle verdoppelt haben. Derzeit sind es 440.000 in Österreich, dann werden es 880.000 sein. Derzeit ist es jeder Zwanzigste, dann wird es jeder zehnte Österreicher sein, der pflegebedürftig ist, das heißt, die Pflege gehört auf neue Beine gestellt. Die Vorfremde der Kommunisten, dass wir alle da jetzt gegen den Regress sind, die ist verfrüht. Was wir brauchen, ist eine bundesweit einheitliche Regelung. Wir wissen, wenn der Regress abgeschafft wird, kann auch das Unterhaltsrecht zum Tragen kommen. Nach dem ABGB Unterhaltsrecht haben die Angehörigen, die der Pflege bedürfen, auch eine Möglichkeit, dann ihre Kinder zu klagen auf Unterhalt und das sind dann höhere Beträge als im Regress vorgesehen. In Wirklichkeit werden wir höchstwahrscheinlich eine Pflegeversicherung oder eine ähnliche Form der Absicherung bundesweit brauchen, dass die Pflege tatsächlich abgesichert ist. Aber nur noch ein kurzes Wort zur ungleichen Verteilung der Bundesmittel auf die Bundesländer und da wirklich die Bitte auch an die Frau Vizebürgermeisterin, die ja sicher einen sehr guten Draht zum Herrn Sozialminister hat, das kann doch nicht sein, wenn Bundesmittel von 100 auf 150 Millionen aufgestockt werden, dass die Steiermark kaum etwas davon spürt, also nicht nur in diesem Bereich, wir wissen auch beim Bundesfinanzausgleich, es gibt etliche Bereiche, wo wir als Steirer strukturell benachteiligt sind und da gilt es wirklich, alle Möglichkeiten auszuschöpfen für mehr Gerechtigkeit bei der Zuteilung der Mittel von Bundesseite (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Haßler**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Danke für die breite Zustimmung. Ich glaube, der Ansatz des Herrn Bürgermeister ist genau der richtige, alle Ressourcen bündeln und möglichst viel für die Stadt jetzt aus dem Ganzen herauszuholen. Ich hoffe, der Kollege Frölich hat die Aufklärung bekommen, die er sich gewünscht hat, ich glaube, die war doch sehr ausführlich. Dass der Kollege Wohlfahrt überrascht ist,

überrascht mich, weil ich meine, er ist schon sechs Jahre im Geschäft und da wirst du ja wissen, wie es läuft.

Zwischenruf GR. Dr. Wohlfahrt: Ich kriege die Informationen nicht.

GR. Mag. **Haßler**: Zur Kollegin Schönbacher und zum Kollegen Eber. Der Pflegeregress ist für die Stadtpartei genauso ein Dorn im Auge wie für euch, das wisst ihr. Also wir sind anderer Meinung wie unsere Landespartei und wir haben auch die klare Linie, dass der Regress abgeschafft hört, zumal es diesen Fonds auch gibt, der auch zusätzliche Mittel bringt, die das bei weitem übersteigen, was der Regress ausmacht, das ist auch eine klare Botschaft von unserer Fraktion in der Stadt (*Applaus KPÖ*). Kollegin Potzinger, hätte mich gewundert, wenn man nicht wieder alles irgendwie hin- und herschieben. Ich meine, die Aussage, dass eine bundesweite Lösung hergehört, da stimme ich vollinhaltlich zu, das ist sicher die beste Lösung, wenn es so kommen würde, aber jetzt noch zu erklären versuchen, warum und dass das mehr, ich glaube, in anderen Bundesländern funktioniert es auch und da sind auch keine Nachteile aus dem heraus, und den Sozialminister ins Spiel zu bringen usw. ich glaube, das ist ein bisschen weit hergeholt, wir sollten einmal versuchen, dass die Steiermark alle Mittel abholt, die sie abholen kann und dass wir dann das bekommen, was uns zusteht. Danke (*Applaus SPÖ und KPÖ*).

6) Blindenhunde – Evaluierung eventueller Barrieren

GR. **Mogel** stellt namens von FPÖ und der ÖVP folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Mogel:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, geneigte Zuhörer! Bei uns im freiheitlichen Gemeinderatsklub haben auch in letzter Zeit Vertreter von Sehbehinderten- und Blindenorganisationen, aber auch Einzelpersonen vorgesprochen und auf die Problemstellungen im Zusammenhang mit dem Führen eines Blindenhundes hingewiesen. Durch diese Gespräche sowie durch eigene Recherchen haben wir tatsächlich Handlungsbedarf erkannt.

Zahlreiche Menschen mit Sehbehinderung bewältigen ihren Alltag unter Inanspruchnahme eines Blindenhundes. Und hier sehen sich diese Menschen nun in trauriger Regelmäßigkeit mit verschiedensten Erschwernissen und Barrieren konfrontiert. Ich habe nur einige Beispiele: Etliche Taxilenker befördern keine Hunde, im öffentlichen Verkehr wird immer wieder die Beförderung eines Blindenhundes ohne Maulkorb untersagt. Blindenhunde werden aber dazu ausgebildet, ihre Aufgaben ohne Maulkorb zu erledigen. Menschen in Begleitung eines Blindenhundes wird immer wieder der Zugang zu Geschäften untersagt mit der Begründung, kein Hund in diesem Geschäftslokal. Aber auch die Straßenverkehrsordnung scheint keine ausreichenden Regeln zu haben, die auf die speziellen Bedürfnisse von Menschen mit Sehbehinderung in Begleitung eines Blindenhundes eingehen. Auch wenn viele dieser Barrieren und Erschwernisse oft nur der Unwissenheit der handelnden Personen entspringen, muss doch festgestellt werden, dass auch die gesetzlichen Regelungen nicht immer präzise genug formuliert sind oder überhaupt fehlen. Mich hier jetzt bitte nicht falsch zu verstehen, ich will jetzt keine Petition machen, dass man das irgendwo hinaufschicken und dass dann vielleicht noch nach Jahren irgendwann einmal eine Antwort zurückkommt, sondern mir geht es wirklich nur darum, hier eine rasche und eine effiziente Hilfestellung in der Stadt Graz jetzt zu ermöglichen. Dazu halte ich es für unerlässlich, eine Bewusstseinsbildung durch die Stadt überall dort, wo sie Einfluss nehmen kann, zu forcieren.

Daher stelle ich im Namen des freiheitlichen Gemeinderatsklubs und auch des Gemeinderatsclubs der ÖVP folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Behindertenbeauftragte und der Behindertenbeirat der Stadt Graz werden ersucht, an den Blinden- und Sehbehindertenverband, Augasse 132, beziehungsweise an das Odilieninstitut, Leonhardstraße 130, heranzutreten, die im Motivenbericht skizzierten Problemfelder zu erörtern und zu erfassen. In einem weiteren Schritt sollen jene Barrieren, die zu ihrer Behebung keiner gesetzlichen Änderung bedürfen, durch eine persönliche Mitteilung an die relevanten Adressaten, wie beispielsweise öffentliche Behörden, Wirtschaftskammer und öffentliche Unternehmungen, verbunden mit dem höflichen Ersuchen um rasche Behebung herangetragen werden.

Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich in diesem Sinne zu einer raschen und unbürokratischen Hilfestellung und sieht darüber hinaus legislativen Handlungsbedarf, der die Kompetenzen der Stadt Graz übersteigt, der aber zu einem späteren Zeitpunkt Gegenstand einer Petition sein könnte.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages (*Applaus FPÖ und ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Pavlovec-Meixner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste! Ich möchte mich zuerst einmal beim Kollegen Mogel sehr herzlich bedanken für diesen sehr wichtigen Antrag. Habe aber doch einige Anmerkungen. Natürlich, es stimmt, die Hunde sind darauf ausgebildet, dass sie mit allen Sinnen arbeiten und sehr stark mit ihrem Geruchssinn. Jetzt kann ich mich aber erinnern, dass wir in der Gemeinderatssitzung vor dem Sommer gelernt haben von Ihrer Kollegin, dass es Maulkörbe gibt, die Hunde in keinsten Weise

beeinträchtigen. Ich möchte das nur noch einmal sagen, weil mich das doch überrascht hat und ich mich dann gefragt habe, wie Ihre Kommunikation aussieht. Aber natürlich ist es so, dass wir auch dafür sind, dass die Hunde da so arbeiten können, wie sie eben trainiert wurden. Wir haben uns das auch ein bisschen angeschaut und ich möchte einfach Sie als meine Kolleginnen und Kollegen wissen lassen, dass in den Beförderungsrichtlinien der Graz Holding Linien ausdrücklich nachzulesen ist, dass es für Blindenhunde keine Maulkorbpflicht gibt und außerdem ist es auch so, dass in allen öffentlichen Gebäuden, in Geschäften und auch in Lebensmittelgeschäften kein Verbot ist, dass Hunde mitgehen. Also das dürfen sie, das zeigt umso mehr, wie wichtig das ist, dass wir hier informieren, dass wir das bekanntmachen über die Holding Graz, über den Magistrat und natürlich über die Wirtschaftskammer, an alle Betriebe und, wie gesagt, ich möchte mich noch einmal bedanken für diese Initiative und wir werden ihn natürlich gerne in Dringlichkeit und Inhalt unterstützen (*Applaus Grüne*).

GR. **Mogel**: Ich möchte mich nur bedanken, weil es scheint doch eine große Zustimmung zu geben. Danke noch einmal (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüscher übernimmt um 18.35 Uhr den Vorsitz.

7) Bankenkriege in Graz – keine weiteren Asylwerber nach Graz

GR. Mag. **Sippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kollegen, liebe Zuhörer, Servus Schröcki, Gemeinderat außer Dienst, auch da! In meinem dringlichen Antrag geht es um ein weiteres dringliches Sicherheitsthema, nachdem wir schon eineinhalb Stunden über die Volksgartenproblematik gesprochen haben, beinhaltet mein Antrag die Vorfälle, die man durchaus auch als Bandenkriege bezeichnen kann in den letzten Wochen in unserer Stadt. Bevor ich in den Motivenbericht einsteige, erlauben Sie mir kurz die Kleine Zeitung zu zitieren vom 30. September, da ist zu lesen: „Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen Volksgruppen hat es in Graz zuletzt mehrfach gegeben. Aber solch einen Konflikt wie den vom Wochenende, wir sprechen da vom Wochenende 27./28. September, hatten wir bisher noch nicht, sind Polizeibeamte von der Dimension der folgenschweren Schlägerei überrascht. Denn diesmal holte ein 17-jähriger Afghane binnen kürzester Zeit 30 Landsleute zur Verstärkung, die gleich mit Steinen und Eisenstangen anrückten und das Lokal, in dem sich zahlreiche Tschetschenen aufhielten, buchstäblich zerlegten. Doch damit nicht genug. Drei Stunden später kamen die Afghanen wieder, diesmal verummt und mit Baseballschlägern, Eisenstangen und Messern bewaffnet, auch eine Schusswaffe soll im Einsatz gewesen sein, und diesmal stürmten die Männer gewaltsam das Lokal, indem sie die Sicherheitstüre einschlugen.“ Und dann ist noch zu lesen. „Zurück blieben mehrere, zum Teil schwerverletzte Gäste, die sich blutend in ein nahes Kebab-Lokal retteten. Drei Stunden später kam die maskierte Tätergruppe ins Lokal zurück. Dabei wurden vier weitere Gäste verletzt.“ Ich glaube, das ist ein Punkt, das ist ein Vorfall, wo man nicht einfach zur Tagesordnung übergehen kann. Es ist unsere Aufgabe, das Problem, das hier besteht, bei der Wurzel zu packen und dafür zu sorgen, dass vorerst keine weiteren Asylwerber in Graz zugewiesen werden (*Applaus FPÖ*). Ich bin sehr froh, dass das Land mittlerweile auch

erkannt hat, dass Graz im Zuge der Zuteilung nicht alle diese Lasten tragen darf. Herr Bürgermeister hat mir auch gesagt, dass der Herr Schrittwieser, der zuständige Landesrat, auch gesagt hat, hier zu handeln und da keine weiteren Zuweisungen vorerst in Graz vorzunehmen. Ich möchte hier auch die Gelegenheit nutzen, das eindringlich in diese Richtung zu sagen, hier auch Wort zu halten. Bemerkenswert sind in dem Zusammenhang eben die Aussagen der Polizeivertreter, die eben einbekannt haben, dass die Beteiligten bei diesem Vorfall eben größtenteils Asylwerber waren. Ich will jetzt nicht darauf eingehen, was die Motivlagen hier waren, natürlich geht es um Drogenherrschaft, das ist nicht nur bei diesem Vorfall der Grund gewesen, sondern auch bei Vorfällen davor. Es waren auch mentalitätsbedingte Gründe, wie eine Ehrenbeleidigung, wo es darum gegangen ist, dass einer derjenigen die Freundin dieses Afghanen zu lange angeschaut hat und daraufhin die Situation eskaliert ist. Darauf möchte ich mich jetzt gar nicht einlassen, sondern in erster Linie geht es mir darum, das hier auch einmal einzubringen, zu thematisieren und darauf zu drängen, dass hier eine Lösung auch stattfindet. Ich glaube, wir haben die Notwendigkeit zuerst, bevor wir weitere Asylwerber in Graz auch zugewiesen bekommen, die Situation in Graz zu stabilisieren und deeskalierend auf die Situation auch einzuwirken.

Ich bringe meinen Antrag ein, weiß aber gleichzeitig, dass die ÖVP einen Abänderungsantrag einbringt, wo weitergreifender dieses Thema auch noch thematisiert wird, nämlich, dass es zu einer gerechteren Verteilung von Asylwerbern in Österreich und in der Steiermark kommt. Die Steiermark übernimmt ja freiwillig, es gibt keinen wirklichen Grund dazu, gut die Hälfte aller Asylwerber in Österreich und in einem weiteren Punkt geht es in diesem Abänderungsantrag darum, die Zugewiesenen in eine professionellere Betreuung durch die öffentliche Hand, durch öffentliche und gemeinnützige Träger zu geben und Wegbringen von privaten Betreibern, von privaten Asylheimbetreibern. Diesem Abänderungsantrag können wir die Zustimmung geben. Möchte aber der Form halber trotzdem meinen Antrag

einbringen, weil man sonst keinen Abänderungsantrag stellen kann und dem komme ich jetzt nach:

Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich an die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes und weist im Sinne des Motivenberichtes auf die prekäre Situation in unserer Stadt hin. In diesem Zusammenhang bringt die Stadt Graz auch ihr Ansinnen zum Ausdruck, weitere Flüchtlings- und Asylantenzuweisungen bis auf weiteres zu unterlassen.

Ich bitte um Annahme, dann in weiterer Folge auch des Abänderungsantrages (*Applaus FPÖ*).

GR. Mag. **Haßler** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, lieber Armin! Du hast heute den Grünen vorgeworfen bei der Bildungsdiskussion, dass sie polarisierend sind. Ich darf dir taxfrei das Zeugnis ausstellen, wenn ich heute deinen Antrag so höre und an manch anderen mich erinnern kann, du, glaube ich, der Master der Polarisierung bist (*Applaus SPÖ*). Ich finde es insofern schade, weil ihr auch immer wieder sehr ernst Themen anschneidet, wo die Leute wirklich auch dringend Lösungen haben wollen...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Schartel: Ach, bei dem nicht?

GR. Mag. **Haßler**: ...wo man auch Lösungen anstreben muss, auch bei diesem Thema. Das einzige Problem, das bei euren ganzen Anträgen ist, ich frage mich sehr oft, ob

ihr auch Lösungen wollt, oder ob es nur ums Polarisieren geht. Weil diese Pauschalbilder, die immer erzeugt werden, auf der anderen Seite ein Problem anzusprechen, das ein dringendes Problem ist, und auf der anderen Seite einfach so Globalbilder zu erzeugen, wo man alle in den Topf wirft, das finde ich einfach nicht ok und wenn es euch um die Lösungen gehen würde, dann könnte man das gerne anders machen. In diesem Fall hat es zum Glück schon, wie der Armin heute auch gesagt hat, Politiker sollen entscheiden, hat es schon einen Politiker auf Landesebene gegeben, der die Entscheidung getroffen hat, und zwar den Herrn Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser, ich habe da auch das Mail. Nach dem Sicherheitsgipfel im Juli hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter die Weisung erteilt, dass bis auf weiteres nach Graz keine Asylwerber zugewiesen werden. Aus dem Grund ganz klar keine Dringlichkeit, auch keine Notwendigkeit, das was da im Antragstext steht, irgendwo abzustimmen, weil es eh schon erfüllt ist und zum Abänderungsantrag der ÖVP, vor allem zum letzten Teil, wo bundesweit eine gerechte Aufteilungsquote gefordert wird, frage ich mich, was die gerechte Quote ist? Weil wenn man davon ausgeht, dass sie 100 % wäre, dann wäre dieser Antrag schlechter wie die jetzige Situation, weil wir haben jetzt 91,5 %, wenn wir 100 % anstreben müssten, dann müssten wir jetzt noch Zuweisungen entgegennehmen, der Landeshauptmannstellvertreter hat gesagt, momentan stopp, also ist diese Lösung die beste Lösung zum momentanen Zeitpunkt und daher weder für die Dringlichkeit noch für den Antrag eine Zustimmung (*Applaus SPÖ*).

GR. **Pogner:** Sehr geehrter Herr Stadtrat, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Armin! Danke für deinen Antrag, allerdings möchten wir das ein bisschen differenzierter auch noch ausformulieren. Es geht darum, dass das mit den Asylwerbern es in der derzeitigen Situation wirklich so ist, dass viele einfach nach Graz drängen. Graz ist sehr erfahren im Umgang mit den Asylwerbern und da ist es

natürlich verständlich, dass die versuchen, nach Graz zu kommen. Wir haben derzeit in der Steiermark 2.764 Asylwerberinnen und -werber und davon leben 1.167 in Graz. Das ist also schon eine ganz schöne Menge und, wie gesagt, Graz ist sehr erfahren im Umgang mit Asylwerbern und daher kommen sehr viele aus dem privaten Bereich, ziehen sie in die Stadt ein und wir wollen darauf achten und unser Wunsch geht dahin, dass wir sagen, erstens einmal sollten wir schauen, dass die Asylwerber bei offiziellen Trägern unterkommen und nicht im Privatbereich unterkommen, dadurch hätten wir sie auch ein bisschen besser im Blickfeld und man kann die Situation genau beobachten und was sie auch brauchen, ist eine Begleitung, eine ordentliche Begleitung, damit sie sich auch gut in die Situation integrieren können und vor allem geht es uns auch darum, dass man nur in 25er-Gruppen maximal diese Asylwerber zuweist. Unser Wunsch ist es eben, dass wir in der jetzigen Zeit, zum jetzigen Zeitpunkt nach Graz keine weiteren Asylwerber mehr hereinbekommen, weil wir wirklich schon sehr viele haben und da hat der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schrittwiese auch im Zuge des Sicherheitsgipfels, den der Herr Bürgermeister ins Leben gerufen hat, am 5. Juli zugesagt, dass es eben keine weiteren Zuweisungen mehr geben wird. Und unser Wunsch ist es, und daher auch der Abänderungsantrag, dass diese Zuweisung so lange aufrecht bleibt, bis es auch in den anderen Bundesländern annähernd adäquate Gleichstellung von Zuweisungen von Asylwerbern gibt. Das heißt, damit wir und damit für dich, lieber Gerald Haßler, damit du das verstehst, was wir meinen, dass es eine Gleichheit gibt und dass es nicht in einem Bundesland mehr Zuweisungen gibt als in einem anderen. Daher der Abänderungsantrag: Der Gemeinderat der Stadt Graz wendet sich an die zuständigen Stellen des Bundes und des Landes und ersucht in Hinkunft um eine gerechte Verteilung der Asylwerber auf das Bundesgebiet, die einzelnen Bundesländer, die Städte und die Gemeinden. Darüber hinaus sollen Asylwerber eine professionelle begleitende Betreuung erhalten. Das Hauptaugenmerk bei Trägern von Asyleinrichtungen sollte dabei auf öffentliche beziehungsweise gemeinnützige Träger gerichtet werden.

Die von Landeshauptmannstellvertreter Schrittwieser zugesagte Nicht-Zuteilung von Asylwerbern an die Stadt Graz soll solange aufrecht erhalten bleiben, bis eine bundesweit gerechte Aufteilungsquote eingehalten wird.

Dankeschön und bitte um Annahme (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit angenommen.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig** zum Antrag: Das Erste, was ich mir gedacht habe, als dieser Antrag dahergekommen ist, das muss ich sagen ist, ich würde einmal gleich reagieren, wie der Herr Stadtrat reagiert hat zur Lösung des Punkproblems, ich würde einfach gerne klassische Musik aufdrehen in Richtung der FPÖ, um einmal dieses immer gleiche Thema nicht aufzubringen. Ich bin aber darauf gekommen, mit der klassischen Musik, das ist auch noch einmal was, was bei Ihnen passt, natürlich zu finden bei Wagner, man nennt es das Leitmotiv, in Ihrem Fall nicht mit weichem D geschrieben, das passen würde, aber es ist das immer gleiche Thema, das bei Ihnen aufkommt. Dennoch ich werde nicht müde, immer gleiche Geschichten, auch wenn es Déjà-vu-Erlebnisse sind zu klären und aufzuklären. Zum Ersten, wir haben eine Quote in Österreich, die ganz klar gesetzlich geregelt ist, diese Quote ist für die Steiermark noch nicht erfüllt. Es ist unbenommen, also in der ersten Diskussion auch schon gesagt, es gibt Probleme, es ist wie der Menschenrechtsbeirat zu Recht gesagt hat, ein großes Problem, dass die privaten Träger viel zu viele Leute haben, wir sind froh, dass der Schrittwieser da jetzt hergeht und eine Regulierung macht, dass es weniger sein werden. Wir sind auch froh, dass Rajakovics und der Bürgermeister sich alle dafür einsetzen. Wir haben auch vor kurzem, ich habe der Frau Vizebürgermeisterin Schröck die Frage gestellt, warum da nicht die Jugendwohlfahrt sich mehr engagiert auch in diesen Heimen, von wo, ganz klar, auch die Probleme

ausgehen Richtung Volksgarten. Da wurde ja beantwortet, dass kein Bedarf ist für die Jugendwohlfahrt, dort tätig zu werden, obwohl das alle minderjährige Unbegleitete sind und erst in fünf Fällen von 226 man überhaupt tätig geworden ist. Dort würden wir gerne ansetzen, dort würden wir die Lösungen sehen. Auch in der Bildungsstrategie und was wir halt noch darüber hinaus diskutiert haben. Also unbenommen, dass es Schwierigkeiten gibt. Aber es gibt eine Quote und wissen Sie, wie zynisch das ist, wenn vor kurzer Zeit noch, vor wenigen Tagen ist thematisiert worden, wie viele Menschen ertrunken sind vor Lampedusa. Dann darf ich darauf hinweisen vielleicht auch, dass der Herr Außenminister Spindelegger zwar nur syrische Christen nach Österreich haben wollte, ich denke, da wird er an die Steiermark auch gedacht haben. Wenn es Krieg gibt, wenn es Notsituationen gibt, ist es klar, dass die Länder, denen es gut geht, zu handeln haben. Dann finde ich noch sehr interessant, in Richtung von den Kollegen der Freiheitlichen gerichtet, ich weiß nicht, scheinbar reden Sie auch nicht mit Ihrer Fraktion, aber Kollege Kurzmann hat eine Anfrage machen lassen, also da ist es um Mürzsteg gegangen und dass es zu viele Zuweisungen in Mürzsteg gibt, stimmen wir dem auch zu, das ist ein Problem, wenn 350 Leute dort sind, dass wahnsinnig viele Asylwerber dort sind. Auf der anderen Seite, die Lösung war, die dann auch von Kollegen vorgeschlagen worden ist, doch mehr Zuweisungen in Graz zu machen. Irgendwie geht das nicht ganz zusammen, was Sie da machen. Eines möchte ich noch dazusagen zum Thema Flüchtlinge und zur Formulierung des Antrages. Es heißt dort wieder, die Stadt Graz soll ihr Ansinnen zum Ausdruck bringen, weitere Flüchtlings- und Asylantenzuweisungen bis auf weiteres zu unterlassen. Ich meine, wir Grüne klingen oft lehrerhaft, das weiß ich, das wird uns immer wieder unterstellt, aber Sie wissen schon, dass es ein Gesetz ist, wenn jemand Flüchtling ist, ist er anerkannter Asylwerber und hat freies Niederlassungsrecht in Österreich, da geht es nicht mehr um Zuweisungen. Bitte lernen Sie Rechtsgeschichte und wenn Sie immer mit den ethnischen Konflikten daherkommen, das habe ich leider jetzt vergessen, ich habe extra für Sie ausgedruckt, weil das letzte Mal hat es geheißen, dass daheim schon so

viel gestritten wird, der Kollege Wohlfahrt kann es gerne herumzeigen und weitergeben, weil ja das letzte Mal gesagt wurde, dass Afghanen und Tschetschenen in der Heimat so viel streiten. Bitte schauen Sie sich das an. 3500 Kilometer liegt dazwischen, nämlich der gesamte Iran, wie sie da daheim streiten, das zeigen Sie mir bitte. Aber dass Sie rechtswidrige Formulierungen in einen dringlichen Antrag hineinformulieren, nämlich die Stadt Graz zur Rechtswidrigkeit auffordern, das finde ich hochproblematisch und diese Doppelmoral, dass die Kollegen von der ÖVP da mitgehen, noch rede ich, Sie können sich dann gerne zu Wort melden, Frau Kollegin, aber dass die ÖVP da einfach mitgehen, auf der anderen Seite großartig Herrn Spindelegger unterstützen, aber da mitgehen und sagen, nein, Graz ist voll, die Quote ist voll, ich schäme mich heute wieder unglaublich für diese Stadt und für diesen Gemeinderat (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Vorsitzender, geschätzte Kollegen! Ist klar, Thema Asylwerber, Thema Flüchtlinge, Thema Ausländer ist immer ein polarisierendes Thema, das ergibt sich schon aus den unterschiedlichen Weltanschauungen der da herinnen vertretenen Parteien. Ich glaube, der Vorwurf geht ins Leere, ich habe wirklich probiert, dieses Thema anhand dieser Vorfälle auch aufzuziehen und da hat die Polizei ganz klar bestätigt, dass es sich hier um Asylwerber handelt. Teilweise um unbegleitete minderjährige Asylwerber, wie thematisiert, und ich glaube, noch klarer und seriöser kann man einen Antrag nicht formulieren (*Applaus FPÖ*), als diesen Anlassfall herzunehmen und die Problematik aufzuzeigen. Aber klar, man kann natürlich hergehen, I-Tüpfel-Reiterei betreiben und zu sagen, es sind keine Lösungen, also ich finde das schon eine sehr konkrete Lösung, wenn man sagt, es gehört ein Zuweisungsstopp her. Das ist für mich eine klare Lösung, eine genauso klare Lösung ist es, wenn man sagt, dass hier keine privaten Heimbetreiber einen Profit machen sollen mit den Asylwerbern, ich glaube, das sind klare Lösungen

und die habe ich bei dir vermisst. Also du hast hier nur gesagt, dass ich der Master der Polarisierung bin, aber Lösungen hast du hier nicht gebracht, das sei auch einmal erwähnt, und was die Quote betrifft: Natürlich kann es sein, dass die Quote nicht erfüllt wird, aber da frage ich mich dann schon, warum ist es so, dass die Steiermark mehr als die Hälfte aller Asylwerber in Österreich aufnimmt beziehungsweise sich da auch verpflichtet hat und das ist nachzulesen, das ist Faktum und da hapert es und da gilt es auch einzuhaken und da gilt es in weiterer Folge, auch den Landeshauptmannstellvertreter beim Wort zu nehmen. Und weil Sie das angesprochen haben, Lampedusa, natürlich ist das ein Drama, was sich dort vor den Toren Europas abspielt, aber ich glaube, das ist jetzt auch falsch herzugehen und Europa die Schuld zu geben, zu fordern, die Tore auf und alle herein, ich glaube, das ist der falsche Ansatz, da muss man vor Ort helfen, da muss man einmal den Schlepperbanden das Handwerk legen (*Applaus FPÖ*) und dann entsprechend dafür Sorge tragen, dass die Menschen gar nicht versuchen, diese gefährliche Überfahrt zu machen und bei uns in Europa einzuwandern. Sie hingegen gehen nur her und machen es denen auch noch schmackhaft, zu uns zu kommen und das ist der falsche Weg, der mit Sicherheit nicht dazu beiträgt, dass das Ganze ein gutes Ende findet, weil letztendlich können wir kein Interesse daran haben, unsere Gesellschaft zu destabilisieren, wir müssen schauen, dass unser System funktioniert und da ist es, glaube ich, der falsche Ansatz, hier Sozialamt für die ganze Welt spielen zu wollen. Abschließend noch, weil Sie behauptet haben, dass auch Graz erwähnt ist in diesem Entschließungsantrag, es ist nicht der Fall, sondern da steht ganz klar, auf eine gleichmäßige Aufteilung der Flüchtlinge innerhalb des Landes wäre hinzuwirken. Also da haben Sie wirklich einen völligen Schwachsinn verzapft. Ich gebe Ihnen gerne den Entschließungsantrag (*Applaus FPÖ und ÖVP*).

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde mit Mehrheit angenommen.

8) Sicherung und Erwerb weiterer Grün- und Freiflächen, basierend auf der Freiflächenbilanz im 4.0 Stadtentwicklungskonzept

GR. **Dreisiebner** stellt namens von ÖVP, SPÖ und Piraten folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Dreisiebner**: Jetzt geht es wieder mehr um Go denn um Stopp. Lieber Gerhard Rüschi, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste! Mein Antrag behandelt das Thema Sicherung und Erwerb weiterer Grün- und Freiflächen und zwar basierend auf der Freiflächenbilanz des 4.0 Stadtentwicklungskonzeptes. Und zwar ist ja beschlossen im 4.0 Stadtentwicklungskonzept, im Erläuterungsteil, Kapitel Natur und Umwelt eine Analyse zu finden, in der runtergebrochen auf 38 Stadtteile oder Grätzl Richtwerte für die Mindestfläche an wohngebiets- und stadtteilbezogenen Park-, Spiel- und Freiflächen und Ähnliches mehr definiert worden sind. Diese Zahlen sind definiert als Richtwert zur Mindestversorgung mit Grün- und Freiflächen pro Bewohner und Bewohnerin. Die Spannweite variiert sehr theoretisch zwischen 3m² und 10m² pro Bewohner und Bewohnerin und hängt natürlich dort von der Wohnsituation, Stadtteilstruktur, von der Dichte der Verbauung und vielen Dingen in der Richtung mehr ab.

In der Folge, und das ist wichtiger, wurden Richtwerte festgelegt, die den Bestand an zugänglichen Grün- und Freiflächen erhoben haben. Mit diesem Ergebnis haben wir eine exakte Bewertung an den Defiziten in den einzelnen Stadtteilen, die, wenn Sie das auf Seite 27 des Teil C im STEK nachschauen wollen, durch eine rote Färbung, hoher Handlungsbedarf, gelbe Färbung, mittlerer Handlungsbedarf und grün eingefärbt, eher geringerer Handlungsbedarf, dargestellt.

Auf jeden Fall sind diese Ergebnisse aus dem Stadtentwicklungskonzept gute Handlungsanleitung, um Prioritäten bei der Sicherung von neuen weiteren Grün- und Freiflächen örtlich wie zeitlich zu setzen, als Unterlage und können die Verbesserung

der Situation soziales Grün für die Grazerin in allen Stadtteilen bewirken. Es gibt besonders in einigen Bezirken und Grätzeln, also Bezirksteilen, besondere Defizite. Das sind die roten, das ist praktisch der gesamte Bezirk Gries, der gesamte Bezirk Lend, aber auch große Teile des Bezirkes Jakomini sind da sehr betroffen, weiteren etwas weniger dringenden Handlungsbedarf gibt es in den westlichen Bezirken Gösting, Eggenberg, Wetzelsdorf, Puntigam und Liebenau. In den östlich gelegenen, nördlich gelegenen Bezirken ist aufgrund des Grüngürtels und einer anderen Wohnstruktur da nicht so viel an Handlungsbedarf im Moment noch da.

Wir werden ja jetzt in wenigen Monaten den 4.0 Flächenwidmungsplan auflegen. Sind schon alle sehr gespannt darauf und gerade jetzt ist es eine gute Möglichkeit, wenn man dort die endgültigen Nutzungen festlegen können und werden, dass man in Bezug auf eine bessere Versorgung an Grün- und Freiflächen gerade in den genannten Teilen und Bezirken der Stadt Vorsorge tragen können. Auch eine jetzt wiederum angelaufene Erhebung LQI, das ist die Lebensqualitätsindikatorenenerhebung, die schon 2009 und 2010 stattgefunden hat, hat ähnlich Ergebnisse gebracht. Es gibt in gewissen Stadtteilen ein hohes Defizit an Grün- und Freiflächen und damit auch eine gewisse Unzufriedenheit, wo von den befragten Personen aus diesen Teilen hohe Priorität in Richtung besserer Versorgung mit Grün- und Freiflächen eingeräumt worden ist.

Wir sehen eben diesen Flächenwidmungsplan-Prozess als eine gute, als eine einzigartige Chance, hier stadtweit eine dementsprechende strukturierte Herangehensweise zur Verbesserung der Situation in den meist unmittelbar betroffenen Stadtteilen anzugehen und zu erreichen. Wenn wir im Flächenwidmungsplan einmal Gründe, Grundstücksteile, Grundstücke als Bauland, Kerngebiet oder Ähnliches ausgewiesen haben, dann wird es sehr schwierig, dass man das dann wieder in eine andere Widmung hineinkriegt, um zum Beispiel einen Bezirkssportplatz, eine Spielfläche, eine Freifläche darzustellen. Wir haben in der Stadt, es ist ja nicht schlecht, ein hohes Wachstum, es wird viel gebaut, es ist ein großer Zuzug, es ist ein hoher Wohnraumbedarf da, aber es braucht dazu auch

mitwachsend andere Infrastruktur im Bereich Verkehr und hier im Bereich des Grünraums.

Deswegen stelle ich im Namen des grünen Gemeinderatsklubs und unterstützt von den Klubs der ÖVP, der SPÖ und vom Kollegen der Piraten folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Die zuständigen Stadtregierungsmitglieder, Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl und Stadtrat Univ.-Doz. Dipl.-Ing. Dr. Gerhard Rüscher, werden beauftragt, für die Sicherung von Grün- und Freiflächen geeignete Grundstücke oder Grundstücksteile in ausreichendem Ausmaß, das heißt basierend auf der Freiflächenbilanz des 4.0 Stadtentwicklungskonzept gemeinsam mit der Erstellung des 4.0 Flächenwidmungsplans, zu definieren. Priorität sollen dabei besonders jene Stadtteilen und Grätzeln haben, in denen große Defizite an Grün- und Freiflächen bestehen. Die zuständigen Abteilungen sollen überdies Strategien entwickeln, die helfen sollen, dass die Stadt Graz die Gestaltungshoheit über diese potentiellen Grün- und Freiflächen der Zukunft erlangen kann. Über die Ergebnisse ist dem Stadtplanungsausschuss bis zur Sitzung im Frühjahr 2014 zu berichten und in der Folge ist ein Informationsbericht für den Gemeinderat zu erstellen. Ich ersuche um möglichst große Zustimmung. Danke (*Applaus Grüne*).

Bürgermeisterstellvertreterin Mag.^a Dr.ⁱⁿ Schröck übernimmt um 19.00 Uhr den Vorsitz.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Nachdem dieser Antrag von ÖVP, SPÖ und Piraten unterstützt wird, brauchen wir über die Dringlichkeit nicht mehr abstimmen.

GR. Dr. **Piffli-Percevic** zum Antrag: Ich danke für die breite Unterstützung des Antrages. Frau Vorsitzende, liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Stadt soll lebenswert bleiben, das dürfen wir heute mit Stolz sagen nach dem Umfrageergebnis. Wir dürfen uns aber keine Minute auf dem Erreichten ausruhen. Deswegen sind wir gefordert und deswegen ist auch im Stadtentwicklungskonzept 4.0 so eine Freiflächenbilanz vorgesehen. Für alles, was zur Erholung dient, Spiel, Sport, aber insbesondere auch die eigentlichen Grün- und Parkflächen. Es ist die Erstellung des Flächenwidmungsplanes 4.0 im Gange und in diesem Zusammenhang hat ja dann die genaue Widmung sozusagen der einzelnen Flächen auch vorgenommen zu werden. Wir sind also mit diesem Antrag just in time, wir sind aber trotzdem nicht nur wartende auf das Ergebnis, ich darf nur vier/fünf Fälle, die wir in letzter Zeit durch die zuständigen Stadtsenatsreferenten, in dem Fall Stadtrat Rüschi, in Angriff genommen haben, vortragen. Es ist die Posnergasse in Vorbehaltsfläche in Andritz mit 1.500 m², es ist im Bezirk Lend, einer der Defizitbezirke, Verhandlungen über 1.400 m² Nähe des Fröbelparks im Gange, in der Mariatroster Straße, Kinderspielplatz und Bezirkssportplatz 5a ist die Nummer der Vorbehaltsfläche, 2.000 m², es ist im Reininghausareal, da sind wir täglich, wenn wir hier sind, damit befasst, 65.000 m² übertragen worden an die Stadt als öffentliche Grünfläche. In der Green City sind es 7.300 m², in der Hummelkaserne insgesamt 4.500 m². Das Ragnitzbad wurde angekauft mit 5.700 m², hier ist der Preis... steht schon fest, kann genannt werden, 1,4 Millionen Euro. Bezirkssportplatzbereich Rankengasse, 3.000 m² in Verhandlung, und der ORF-Park Nußbaumerstraße, 8.300 m², glaube ich auch, in Zulauf. Wir ruhen uns darauf nicht aus, es sind diese und andere Vorhaben laufend durch die Liegenschaftsabteilung in Verhandlung und Behandlung und wir werden dann auch

simultan durch den Raumordnungsausschuss das begleiten. Wir brauchen aber, nochmals, wir ruhen uns keine Minute aus, wir haben aber auch keinen Grund, unseren Kopf in den Sand zu stecken. Wir verfügen dazu über 3.000 Hektar Wald bekanntlich, vor kurzem hat uns Stefan Haberler im Zusammenhang mit einem Dringlichen das auch vorgerechnet, das ist ein Zuwachs pro Jahr von 10 Hektar Wald, wächst in unserer Stadt zu. Und eine Zahl, die Ihnen wahrscheinlich nicht so geläufig ist, die ich heute von der städtischen Planungsabteilung erhalten habe, die kann man sich gut merken: Jeder Grazer, jede Grazerin, vom Säugling bis zum Nebenwohnsitznehmer, 300.000, verfügt über pro Person 10 Bäume, eine Ziffer, die uns weit vor Wien im...

Zwischenruf GR. Mag. Haßler: Wo sind meine?

GR. Dr. **Piffli-Percevic**: ...deine, ich habe dann einen Plan. 10 Bäume pro Einwohner in Graz, das soll uns stolz machen, aber nicht müde werden lassen, hier weiterzukämpfen. 25 % unserer Stadtfläche ist Wald, ein Viertel, in Wien nur 21 % und in Linz nur 17 %. Nochmals, wir kämpfen weiter, die Gegenleistung ist die Zufriedenheit der BürgerInnen, die wir auch attestiert bekommen haben, das ist aber für uns eine Aufforderung. Ich ersuche um Annahme und danke für Ihre Aufmerksamkeit (*Applaus ÖVP*).

GR. Ing. **Lohr**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, hoher Gemeinderat, sehr geehrter Antragsteller Karl Dreisiebner! Kurz die Meinung auch der Freiheitlichen, es

ist ein sinnvoller Antrag, Grünflächen werden gebraucht in der Stadt Graz. Hier gibt es diese Defizite wieder am rechten Murufer, vor allem auch, wir wissen, in Gries, Lend wünschen wir uns auch mehr Grünflächen, auch eine alte freiheitliche Forderung. Ankauf von Vorbehaltsflächen gehört fast bei jedem Projekt angeschaut und dort, wo es möglich und auch finanziell natürlich möglich ist, eine gute Sache. Ein Aspekt würde vielleicht auch verhindern von den Problemen, die wir heute schon aufgezählt haben, zum Beispiel bei psychologischen Problemen, wenn man ein bisschen einen Freiraum hat, würden wir auch hier vielleicht die eine oder andere Entspannung schaffen. Einen Wermutstropfen gibt es natürlich, da wird der Stadtrat Rüschi zustimmen, die Finanzierung muss natürlich auch hier mit Augenmaß erfolgen, die Geldmittel sind nach wie vor nur in begrenztem Rahmen vorhanden. Hier wird es abzuwägen gelten, wo sind jetzt wirklich die Prioritäten, aber im Großen und Ganzen stimme ich mit den anderen Parteien und in manchen Fällen auch mit den Grünen mit ein, dass das ein guter Antrag ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Dreisiebner:** Ganz kurz nur, vielen Dank für die allseits signalisierte Unterstützungsbereitschaft und vielen Dank, Kollege Lohr, dass es jetzt so weit ist, dass du mit den Grünen einer Meinung oder ähnlicher Meinung bist und den Antrag unterstützt. Zum Peter Piffli-Percevic, danke für deine Aufzählung, ich weiß, dass viel passiert, ich weiß, dass es aus Anlässen heraus passiert so wie beim Ragnitzbad, so wie beim ORF-Park und ich weiß, dass es auch aktiv betrieben wird, das ist mir klar. Aber wir haben auch eine ganz große Problematik in eben zum Beispiel Jakomini-Nord, Jakomini-Süd, im Bereich Gries und da müssen wir das sehr gezielt angehen. Ich zweifle auch nicht so sehr, dass man damit das eine oder andere lösen werden. So wie wir es in Reininghaus und in der Smart City Graz lösen werden, aber es soll eine Selbstverpflichtung für uns alle sein, dass wir das hier mit hoher Priorität angehen. Ich weiß auch, dass man in einer europaweiten Umfrage 14. geworden sind und

damit vor Wien liegen, was die Zufriedenheit mit der Lebensqualität betrifft. Ich glaube, da hat auch die Ausstattung mit Grün-, Freiflächen und Erholungsräumen schon was damit zu tun. Jetzt will ich aber nicht um einen Platz zurückfallen, sondern lieber um zwei nach vorne rücken, falls wieder so eine Umfrage kommt und, by the way, ich wohne recht nahe an der Mur, ich wohne gar nicht so weit vom Rosenhain, aber ich weiß, dass wir alle im Geidorfer Bereich dort nicht diese vielen Bäume haben, weil da sind viel zu viele Menschen da, dass dort genau in dem Lebensumfeld, wo ich zum Beispiel wohne, genau diese Bäume für mich da wären.

Zwischenruf GR. Dr. Piffl-Percevic: Der GR. Haßler stellt seine zur Verfügung.

GR. **Dreisiebner**: Er soll sie sich behalten und dann lieber jemandem zur Verfügung stellen, der in Gries oder in Jakomini wohnt. Auf jeden Fall herzlichen Dank für die Unterstützung und ersuche um Annahme. Danke (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

9) Geplante Einsparungen im Bereich der Behindertenhilfe – Petition an den Landesgesetzgeber

GR. **Vargas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Vargas:** Recht schönen guten Abend, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Es geht mir darum, dass wir Klarheit kriegen. Wie gesagt, hat der Herr Landesrat Schrittwieser vor einem Jahr bekanntgegeben, in der Kleinen Zeitung zu lesen gewesen, es ist im Motiventext dabei, dass er beabsichtigt, 12 Millionen Euro im Behindertenbereich zu kürzen. Die Mittel sollten acht Millionen bei der beruflichen Integration und vier Millionen für andere Angebote, wie beispielsweise der sozialpsychiatrischen Betreuung, eingespart werden. Die Novelle des Behindertengesetzes sei, so Schrittwieser, im Landtag praktisch fertiggestellt.

Landesrat Schrittwieser kündigte zwar Verhandlungen mit dem Bund bezüglich einer Übernahme der vom Land zur Einsparung vorgesehenen Mittel an, dass diese erfolgreich sein werden, ist jedoch nicht zu erwarten. Das Land ist nämlich per Gesetz für Menschen mit Behinderung zuständig, die nicht oder noch nicht arbeitsfähig sind. Wurden bislang von Seiten des Landes seit der Budgetpräsentation keine weiteren konkreten Schritte gesetzt - schließlich standen ja die Nationalratswahlen an und da sind solche Kürzungspläne nicht gerade populär – so weisen auslaufende Verträge mit Trägern der Behindertenhilfe, die uns in Graz auch treffen werden, die nicht mehr verlängert wurden, nun auf die beginnende konkrete Umsetzung der Einsparungsvorhaben hin.

Die Folgen dieser drohenden Kürzungen sind beträchtlich. Sollte der Einschnitt bei der beruflichen Integration tatsächlich im geplanten Ausmaß erfolgen, so bedeutet dies praktisch das Aus für diese wichtige Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung. Gerade in der Steiermark schafften bisher mehr behinderte Menschen als in anderen Bundesländern den Einstieg in das Berufsleben, gerade auf Grund der Eingliederungshilfe und einer guten Kooperation mit AMS und Bundessozialamt. Sollte die Eingliederungshilfe abgeschafft werden, wird Menschen mit Behinderung der Weg in den Arbeitsmarkt beträchtlich erschwert und ihnen damit die Möglichkeit auf ein eigenes Einkommen und auf Selbstbestimmung genommen.

Einschnitte im Behindertenbereich haben aber auch ganz andere, akute, eklatante Auswirkungen auf die Armutssituation, sind doch behinderte Menschen doppelt so

häufig betroffen und armutsgefährdet, 20% bei Akutgefährdung, sind das 13% gegenüber nicht behinderten Menschen. Nicht zuletzt stehen die geplanten Kürzungen in der Behindertenhilfe auch klar im Widerspruch zur UN-Behindertenkonvention.

Einsparungen und Kürzungen auf Landesebene treffen natürlich immer auch Graz, das habe ich gerade erwähnt, und seine BürgerInnen sowie ihre Einrichtungen im Bereich der Behindertenhilfe. Vom aktuellen Fall der Nichtverlängerung eines Vertrages mit einem Träger der Behindertenhilfe durch das Land Steiermark sind beispielsweise 46 behinderte Menschen und 17 MitarbeiterInnen unmittelbar betroffen.

Wir Grüne sehen es als dringend und notwendig an, dass sich die Stadt Graz zum einen deutlich gegen weitere Kürzungen im Behindertenbereich - Einschnitte gab es ja schon zuvor in anderen Bereichen, wie zum Beispiel bei Wohnassistenz, Freizeitassistenz und Familienentlastungsdienst - ausspricht. Die Stadt Graz sollte aber auch dem Land Steiermark verdeutlichen, welche Konsequenzen die geplanten Kürzungen haben werden und fundiert Daten dazu erarbeiten und präsentieren.

Daher stelle ich namens des grünen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht den Steiermärkischen Landtag am Petitionsweg, die angekündigten Einsparungen im Bereich der beruflichen Integration für behinderte Menschen in der Höhe von 8 Millionen Euro nicht umzusetzen.

Zur Untermauerung dieser Petition wird Stadträtin Martina Schröck um die Erstellung eines Berichtes ersucht, der die Auswirkungen einer möglichen Kürzung im Bereich der beruflichen Integration für behinderte Menschen auf die Beschäftigungssituation der Betroffenen, auf die Kostenentwicklung in anderen Bereichen, zum Beispiel Mindestsicherung, und auf die Beschäftigungssituation bei Einrichtungen der

Behindertenhilfe in Graz darlegt. Dieser Bericht soll in der Gemeinderatssitzung im Dezember 2013 im zuständigen Ausschuss präsentiert werden. Dankeschön. Ich ersuche um Annahme (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Hohensinner** zum Antrag: Lieber Herr Gemeinderat! Danke für deinen Antrag. Ich möchte ihn nur ein bisschen in Frage stellen, weil er beruht auf einen Zeitungsartikel. Ich habe den Zeitungsartikel auch hier und der Zeitungsartikel ist jetzt doch schon ein bisschen älter, der ist vom 11.10.2012, und eigentlich erwarte ich mir hier, dass dringliche Anträge wirklich auf Fakten beruhen und mir fehlen hier die Fakten. Ich weiß auch, dass es Irritationen gibt, dass es Unklarheiten gibt, aber ich hätte auf jeden Fall einen anderen Weg gewählt. Es ist auch so, dass wir leidgeprüfte Kinder sind, was das letzte Sparpaket anbelangt, weil da haben wir die Möglichkeit bekommen, eine Stellungnahme abzugeben, da war eigentlich schon alles unter Dach und Fach. Wir haben damals seitens der Stadt Graz aber auch eine differenzierte Stellungnahme abgegeben, dass man jetzt nicht so linear drübersparen soll mit minus 20/25 %, sondern wir haben auch den Grazer Weg aufgezeigt. Das ist so, dass wir da zwar eine Stellungnahme abgeben können, aber so richtig ein Parteiengehör haben wir nicht. Dass es Einsparungen hat geben müssen, das war auch klar, weil das ganze System hätte so nicht weiter funktioniert. Sie müssen sich vorstellen, im Behindertenbereich hat es eine finanzielle Steigerungsrate gegeben von 18 Millionen Euro im Jahr, das ist so ein Anstieg und es hätte gedroht, wenn man da zirka fünf Jahre weitergewirtschaftet hätte, dass der gesamte Sozialbereich zusammengebrochen wäre und da hätte wirklich niemand was davon gehabt. Dass wir seitens der Stadt Graz Vorschläge gemacht haben, dass man anders sparen

könnte, das war auch klar, aber es wurde das nicht gehört. Weitere Einsparungen sehen wir sehr kritisch an, wir glauben auch, dass hier der Zenit erreicht ist, dass weitere Einsparungen wirklich auf die Qualität der Begleitung von Menschen mit Behinderung, auf die Selbstbestimmung von Menschen mit Behinderung Einfluss nehmen würden, aber es gibt jetzt zwei Möglichkeiten. Lieber Herr Gemeinderat, du probierst es jetzt über eine Petition, sagst gleich aufgrund eines Zeitungsartikels, das darf nicht sein und wir sind gegen das Einsparen von acht Millionen Euro und weiters soll die Martina Schröck gleich drüberrechnen, was diese Einsparungen in Graz verursachen würden. Wir glauben, dass ein anderer Weg für die Beteiligten zielführender wäre und die Beteiligten sind verunsichert. Ich war im Hirtenkloster bei 40 Jahre Hirtenkloster und da wurde mir das auch gesagt und unser Vorschlag ist, dass wir einen Sondersozial-Ausschuss machen, auch Vertreter des Landes einladen und hier wirklich einmal die Karten auf den Tisch legen, was uns wirklich mit einem nächsten Sparpaket treffen wird. Ich habe deswegen einen Abänderungsantrag vorbereitet und zwar:

Um für Menschen mit Behinderung Klarheit zu schaffen und die möglichen Auswirkungen dieser Gesetzesnovelle für die Stadt Graz zu erörtern, wird ein außerordentlicher Sozialausschuss einberufen, zu dem auch VertreterInnen des Landes eingeladen werden.

Ich bitte noch einmal, dass ihr eure Entscheidung überlegt. Ein dringlicher Antrag, eine Petition an das Land bringt uns konkret nicht so viel, wie wenn man das im Ausschuss mit Experten des Landes diskutiert. Bitte meinem Abänderungsantrag zuzustimmen. Danke (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.20 Uhr den Vorsitz.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Ich bitte noch einmal um Klarheit, soll jetzt der ganze Antrag ersetzt werden oder nur der zweite Teil, weil inhaltlich hat das mit dem 2. Teil was zu tun, aber die Petition ans Land, das ist wieder eine ganz andere Geschichte und wir können natürlich nicht Dinge miteinander verwechseln und ich verstehe gut, dass der zweite Teil ein Abänderungsantrag ist, aber der erste Teil bleibt natürlich.

GR. **Hohensinner** (*begibt sich nicht zum Rednerpult daher unverständlich*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Also es ist ein Abänderungsantrag, der den anderen quasi ersetzen würde.

GR. **Vargas**: Dieser Artikel ist natürlich ein Jahr alt, aber es wurde immer wieder in den letzten Sommermonaten auch darüber diskutiert in der Öffentlichkeit, es ist nie widersprochen worden und Kürzungen gab es ja. Also vom Herrn Schrittwieser gab es ja diese Aussagen und ich denke mir, das Budget 2012/2013, die er damals bestätigt hat.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Das haben wir nicht bestritten.

GR. **Vargas:** Aber ich verstehe es jetzt nicht, was daran falsch ist, dass wir keine Klarheit haben, wir haben keine Klarheit und mir geht es um die Klarheit, die wir haben sollten für die Betroffenen.

Zwischenruf GR. Hohensinner: Es geht ja um acht Millionen Euro.

GR. **Vargas:** Nein es sind 12 Millionen, acht Millionen in der beruflichen Integration, vier Millionen in den weiteren Bereichen.

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR. **Vargas:** Es geht um die Aufgaben des Landes...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

Bgm. Mag. **Nagl:** Ich darf vielleicht auch den Antragsteller noch einmal bitten, die Frau Sozialstadträtin und Vizebürgermeisterin möchte auch etwas dazu sagen.

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Ja, vielleicht zur Klärung, ich habe da ein Schreiben aufliegen vom Herrn Landesrat Schrittwieser, das er am 2. Juli 2013 an den Dachverband der Steiermärkischen Behindertenhilfe, den Dachverband der sozialpsychiatrischen Vereine und Gesellschaften Steiermark, der GPA, allen Trägern der Behindertenhilfe, Selbstbestimmt leben in der Steiermark, Verein Achterbahn und den Landtagsklubs übermittelt hat, wo er eindeutig sagt, dass seit letzter Woche eine Pressemeldung der Grünen kursiert, die eine Falschmeldung ist. Also ist nichts klar und darum denke ich, sollten wir das im Ausschuss diskutieren, wir sollten jemanden vom Büro Schrittwieser, aber auch von der zuständigen Abteilung 11 herüberholen und das dann gemeinsam besprechen. Weil da steht jetzt Aussage gegen Aussage, du sagst, es ist im Budget drinnen und ich habe da den Brief vom Landesrat Schrittwieser, dass es eine Falschmeldung der Grünen gibt und das ist so verteilt worden, es wird auch darauf Bezug genommen, dass der Bereich der Arbeit stärker vom Bundessozialamt wahrgenommen werden sollte, dass es einen Rechnungshofbericht gibt, der belegt, dass es da Doppelgleisigkeiten gibt und dass mit dem Bund vereinbart ist, dass der Arbeitsbereich künftig vom Bund finanziert wird. Also da steht jetzt Wort gegen Wort und wenn wir da jetzt irgendwas beschließen, wo keiner die Fakten hat oder Aussage gegen Aussage, darum ist es gescheit, wenn wir uns in einem Sozialausschuss zusammensetzen.

GR. **Vargas**: Wir besprechen das im Sonder-Sozialausschuss dann.

Der Abänderungsantrag der ÖVP wurde angenommen.